

BLICKPUNKT

JOURNALISMUS IN HESSEN



Beistand für zwei Belarusinnen

Wächterpreis:
Hohe Auszeichnung
für Kurier-Redaktion

Personalratswahl:
Einspruch gegen
Wahlausgang im hr

Podcast:
Heranführen an
vergangene Zeiten

Briefkontakte:
Dankeschreiben aus
türkischem Gefängnis

BLICKPUNKT

Organ des Landesverbandes
Hessen (Rheinbahnstraße 3, 65185
Wiesbaden) und des Deutschen
Journalisten-Verbandes e. V., Ge-
werkschaft der Journalisten.
31. Jahrgang, Oktober 2020

Herausgeber:

Deutscher Journalisten-Verband
Landesverband Hessen e. V.

V. i. S. d. P.:

Knud Zilian

Redaktion:

Dr. Christine Dressler (dre),
Jens Brehl (bre),
Andreas Lang (ala),

Koordination:

Andreas Lang

Schlussredaktion:

Andreas Lang, Maik Schulz

Titelbild:

privat

Anzeigen:

Axel Häsler

Anschrift der Redaktion:

Rheinbahnstraße 3
65185 Wiesbaden
Telefon: 0611-3 419124
Telefax: 0611-3 419130
E-Mail: info@djhessen.de
Homepage: www.djhessen.de

Erscheinungsweise:

viermal jährlich

Für Mitglieder im DJV Hessen ist der
Heftpreis im Mitgliedsbeitrag enthal-
ten.

ISSN 1861-9517

Gestaltung und Herstellung:

MSB VVW GmbH & Co. KG, Gotha

Veröffentlichungen, die nicht
ausdrücklich als Stellungnahme
des DJV-Vorstandes gekennzeich-
net sind, stellen die persönliche
Meinung des Verfassers dar. Für un-
verlangt eingesandte Manuskripte
kann keine Haftung übernommen
werden. Nachdruck, auch auszugs-
weise, nur mit Genehmigung des
Herausgebers.

Achtung:

Texte für die nächste „Blickpunkt“-
Ausgabe müssen an **maxala@
online.de** eingereicht werden.

Aus dem Inhalt

Editorial:

Tritt fassen nach der Pandemie 3

Feder für die Pressefreiheit:

Solidarität mit verurteilten Journalistinnen 4

Feder für die Pressefreiheit:

Pate Ingo Zamperoni zur diesjährigen Wahl 5

Feder für die Pressefreiheit:

Lukaschenkos Kahlschlag in Belarus' Medienlandschaft 6

Feder für die Pressefreiheit:

Vorjahres-Preisträger in Saudi-Arabien weiter in Haft 7

Personalratswahl:

Ungereimtheiten bei Abstimmung im hr 9

Wächterpreis der Tagespresse:

Recherche-Kollektiv des Wiesbadener Kuriers geadelt 11

Lauf für die Pressefreiheit:

„Schnüffelnase“ aus Wetzlar schließt sich virtueller Marathon-Stafette an 13

Altersvorsorge:

Geldwerte Ratschläge von der Rentenversicherung 14

Hörfunk:

Erster nationaler Vollzeitsender für Frauen reichert Radiolandschaft an 16

Inhaftierte Journalisten in der Türkei:

Aufrüttelnde Antwort aus dem Gefängnis 17

Podcasts:

Was ein mittelalterlicher Mönch aus Fulda heute noch zu sagen hat 19

„Fotografen haben Namen“:

Hessische Tageszeitungen weiterhin zurückhaltend 21

Medienstaatsvertrag:

Vom Versuch, eine Krake zu zähmen 22

Kommentar:

Hemmungslose Hetze versus journalistischer Impetus 23

Ortsverband Wiesbaden:

Was man überhaupt noch publizieren darf 25

Aus dem Seminarprogramm des Landesverbands:

Querdenker professionell kontern 26

Corona-Berichterstattung:

Gewachsene Sensibilität weiter kultivieren“ 28

Rezension:

Abrechnung mit der Methode „Bild“ 29



Einen duften Sommer wünschen der Landesvorstand
und die „Blickpunkt“-Redaktion. Foto: ala

So schnell fällt die Maske nicht

Es ist schon ein gutes Gefühl, die Inzidenzen sinken, Biergärten öffnen, viele sind geimpft oder stehen kurz davor. Alles wieder in Ordnung, Pandemie beendet? Keinesfalls, denn wir wissen alle noch nicht, welche Mutanten auf uns hier noch zukommen. Also ist weiter Vorsicht geboten. Die Maske werden wir so schnell nicht loswerden.

Vor allem auch in unserem Berufsstand sollte weiter das Gebot der Vorsicht walten. Wer für Reportagen viel unterwegs und Kontakt mit vielen Menschen hat, sollte weiter die AHA-Regeln beibehalten, um sich selbst zu schützen. Wir hoffen ja alle, dass das Impfen weiter voranschreitet, aber einen 100-prozentigen Schutz bietet das auch nicht, das sollte sich jeder vergegenwärtigen.

Und trotzdem fühlt sich das alles im Moment schon ein Stück anders an, als noch vor wenigen Wochen. Ich hoffe darüber hinaus, dass unsere Kolleginnen und Kollegen, die frei oder vielleicht sogar solselbständig unterwegs sind, wieder Tritt fassen und die Zeiten der Pandemie hinter sich lassen können. Leider mussten einige aus wirtschaftlichen Gründen ihre Jobs aufgeben und haben den Verband verlassen.



Knud Zilian, Landesvorsitzender DJV Hessen
(Foto: Wolfgang Kühner)

Anderere nehmen unseren Rechtsschutz in Anspruch um ihre Rechte gegenüber Verlagen, oder anderen Auftraggebern durchzusetzen. In Zeiten der Krise wird mehr gestritten – eine alte Weisheit, die aber auch zeigt, wie wichtig unser Rechtsschutz für unsere Mitglieder ist. Aber das kostet natürlich auch Geld. Die Ausgaben für Rechtsschutz sind erheblich gestiegen, die Einnahmen durch Austritte gesunken.

Im Vorstand sehen wir diese Entwicklung und überlegen, welche Maßnahmen nun notwendig sind. Das alles werden wir auf unserem Verbandstag im September diskutieren. Geplant hatten wir unser Zusammentreffen eigentlich im Juni, doch die aktuelle Situation hat eine Verschiebung notwendig gemacht.

Ich jedenfalls freue mich, die Delegierten wieder in Präsenz zu sehen. Mit den gebotenen Vorsichtsmaßnahmen versteht sich.

Ich wünsche uns allen, dass die Pandemie bald zu Ende ist, bleibt alle gesund,

Euer Knud Zilian

Mit diesem Ergebnis kann der DJV noch nicht leben

Pleiten Pech und Pannen – so könnte man die Personalratswahlen im Hessischen Rundfunk überschreiben. In Zeiten der Pandemie eine Urnen-Wahl (Briefwahl nicht ausgeschlossen) durchzuführen, ist kein leichtes Unterfangen.

Schon die Frage, wie man denn die Wähler und Wählerinnen überhaupt über die Wahl informiert, war im hr nicht wirklich richtig, schon gar nicht glücklich

gelöst. Viele haben es gar nicht mitbekommen, dass eine Wahl ansteht.

Pannen gab es dann noch einige, und so haben die im hr vertretenen Gewerkschaften (ver.di, DJV und VRFF) gemeinsam beschlossen, die Wahl anzufechten. Wir allerdings haben da noch einen weiteren Grund zur Anfechtung entdeckt. Näheres dazu im Interview auf Seite 9.

„Sie werden getreten, ihre Nasen gebrochen“

Landesverband würdigt Katsyaryna Andreyeva und Darya Chultsova mit Federn für die Pressefreiheit – Mutige Reportagen aus Belarus

Wegen drohender Verspätungen bei der Straßenbahn: Solche Prognosen können in Weißrussland eine Haftstrafe zur Folge haben. Jedenfalls sind mit dieser Begründung Katsyaryna Andreyeva (27) und Darya Chultsova (23) Ende vorigen Jahres zu zwei Jahren Straflager verurteilt worden. Der wahre Grund für diese unverhältnismäßige Bestrafung ist offensichtlich ein anderer: Mit solch einer konstruierten Begründung will das System von Machthaber Alexander Lukaschenko die Pressefreiheit attackieren und Medien einschüchtern.

Erst recht die unabhängigen, staatsfernen und online gestreamten. Redaktionsräume im Exil wie die von Belsat TV, für die die Journalistin Andreyeva und ihre Kamerafrau Chultsova arbeiten, können nicht einfach gestürmt und versiegelt, die Reporter nicht auf Staatslinie gebracht werden. Die beiden Frauen, die beispielhaft für unerschrockenen Journalismus in Weißrussland stehen, hat Tagesthemen-Moderator Ingo Zamperoni für die „Feder für die Pressefreiheit“ nominiert. Anlässlich des Tages der Pressefreiheit am 3. Mai erinnert der Landesverband Hessen zum vierten Mal an verfolgte und bedrängte Journalisten und lässt ihnen in symbolischer Verbundenheit einen mit Namen gravierten Füllfederhalter zukommen. Mit diesem verfasst der aus Wiesbaden stammende Zamperoni, der von Beginn an die Patenschaft für diese Solidarisierungsaktion übernommen hat, eine persönliche und mutmachende Botschaft an die Gefangenen, die dem Präsent beigelegt wird.

Zwei Preisträger weiterhin in Haft

Die erste Adressatin, die türkische Künstlerin und Dokumentaristin Zehra Dogan ist mittlerweile wieder auf freiem Fuß und lebt in London im Exil. Der zweite Besitzer, der ägyptische Journalist und Blogger Ismail Iskandarani büßt seit Mai 2018 eine zehnjährige Haftstrafe ab. Dazu war er wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation und Verbreitung falscher

Nachrichten verurteilt worden. Der freie Journalist, der unter anderem für ägyptische Online-Publikationen wie Mada Masr und Assafir Al Arabi berichtet hatte, hatte militärische Operationen im nördlichen Sinai mehrfach kritisch hinterfragt. Dort entladen sich immer wieder gewaltsam Konflikte zwischen

staatlichen Sicherheitskräften und bewaffneten lokalen Einheiten. Aufstände werden dort niedergeschlagen, die Berichterstattung über diese Operationen zensiert.

„Verrat medizinischer Geheimnisse“

Auch der voriges Jahr bedachte saudische Blogger Raif Badawi wird nach wie vor gefangen gehalten. Mit der Ausführung einer zusätzlich verhängten Prügelstrafe war in einem zusätzlich demütigenden öffentlichen Akt begonnen worden. Die Vollendung ist immer noch nicht aufgehoben worden, sie ist aufgrund einer aktualisierten Gesetzgebung aber suspendiert.

Wochenlang haben Katsyaryna Andreyeva und Darya Chultsova die sonntäglichen Proteste in Minsk live ins Netz des von Polen aus gesteuerten und von der EU mitfinanzierten Senders Belsat TV gestreamt, der in belarusischer Sprache sendet. Im Land selbst ist er nicht zugelassen, Korrespondenten werden Akkreditierungen verweigert. Trotz Schikanen und Repressalien konnten die beiden Belsat-Mitarbeiterinnen in einem brüchigen Burgfrieden mit dem Regime aus der Heimat berichten und



Unerschrocken und unschuldig im Sinne der Anklage: Katsyaryna Andreyeva (rechts) und Darya Chultsova während der Gerichtsverhandlung in Minsk. Angeklagte werden dort in der Regel in Gitterkäfigen vorgeführt. Foto: Belsat TV

senden – bis das Regime Mitte November die Zügel anzog. Es reagierte damit auf die öffentliche Empörung, die aufgeflammt war, nachdem ein junger friedlicher Aktivist, Roman Bondarenko, brutal festgenommen worden war. Tags darauf starb er in Polizeigewahrsam, nach Behördenangaben unter dem Einfluss von Drogen und Alkohol, nach unabhängigen Recherchen an den Folgen schwerer Misshandlungen.

Bondarenkos Festnahme war noch dokumentiert worden. Was ihm im Untersuchungsgefängnis widerfahren ist, lässt der Obduktionsbericht nur erahnen. Vertuschungsversuche der Behörden wurde kein Glauben mehr geschenkt. Zu stark wichen sie von Enthüllungen aus dem medizinischen Umfeld ab. Der Dank des Regimes: Ein Anästhesist und Reporterin Jekaterina Borissewitsch (36) wurden dafür wegen angeblicher Störung der öffentlichen Ordnung zu Haftstrafen verurteilt. Die Höchststrafe für den „Verrat medizinischer Geheimnisse“ liegt in Belarus bei drei Jahren Gefängnis. Borissewitsch ist im März zu sechs Monaten verurteilt worden.

Die Justiz zeigte sich auch von den Ermittlungen der eigenen Behörden unbeeindruckt:



Die beiden neuen Besitzerinnen der Federn für die Pressefreiheit sind vom Paten der Aktion des Landesverbands, Tagesthemen-Moderator Ingo Zamperoni, vorgeschlagen worden. Foto: privat

Kurz zuvor hatte die Staatsanwaltschaft Bondarenkos Mutter mitgeteilt, dass gegen Unbekannt wegen schwerer Körperverletzung mit Todesfolge ermittelt werde.

Die auf den gewaltsamen Tod Bondarenkos folgenden Demonstrationen und Gedenkversammlungen auf dem „Platz des Wandels“ dokumentierten auch die beiden Belsat-Mitarbeiterinnen von einer erhöhten Position in einem mehrstöckigen Wohnhaus aus. Darya Chultsova filmte Szenen der stillen Trauer und des rücksichtslosen Einschreitens von Sicherheitskräften in dem Hof, Katsyaryna Andreyeva kommentierte live. Bis das Duo von Sicherheitskräften gestört wurde, die gewaltsam in die Wohnung einbrachen. Andreyevas Ehemann Ihar Iljasch, ebenfalls ein Journalist, bekam die Verhaftung live am Smartphone mit.

Der Vorwurf: Organisation von und Anstachelung zu Aktivitäten, die die öffentliche Ordnung grob verletzen – ein Delikt, das mit bis zu drei Jahren Haft geahndet werden kann. Diesmal blieb es nicht bei einer vorübergehenden Festnahme von mehreren Wochen oder der Verhängung einer Geldstrafe. Diesmal griff der Staat hart gegen die Enkelin des früheren Chefredakteurs eines kritischen belarusi-

schen Magazins durch.

Anfang Februar begann der Prozess, die beiden jungen Angeklagten verteidigten sich aus einem Käfig heraus, der bei russischen Justizverfahren üblich ist. „Ich bin jung, ich arbeite in meinem Lieblingsberuf und – das ist das Wichtigste – mein Gewissen ist rein“, verteidigte sich die Investigativjournalistin mit der Kraft ihrer Worte. Und solidarisiert sich mit ihren Kollegen, die bei der Ausübung ihres Jobs mit anderen Mitteln attackiert werden: „Sie werden getreten, ihre Nasen gebrochen, es wurde auf sie geschossen.“

Mit Andreyeva und Chultsova sind erstmals seit Ausbruch der Proteste gegen die Wiederwahl von Machthaber Lukaschenko Medienschaffende zu Haftstrafen verurteilt worden. Nicht dafür, dass sie dokumentiert haben, was gewesen ist, sondern weil sie aus einem Hochhaus heraus die öffentlichen Abläufe auf den Straßen von Minsk gestört haben sollen. Eine bessere Begründung ist der belarusischen Staatsanwaltschaft nicht eingefallen.

Andreas Lang

„Quasi vor unserer Haustür“

Pate Ingo Zamperoni zur Auswahl der „Federn für die Pressefreiheit“ sowie der beunruhigenden Entwicklung der Pressefreiheit hierzulande und weltweit

Der DJV-Landesverband Hessen hat erneut die „Feder für die Pressefreiheit“ vergeben. Die Würdigung, die vor vier Jahren von Schatzmeisterin Gabriela Blumschein initiiert worden ist, soll dem „Tag der Pressefreiheit“ am 3. Mai einen greifbaren Ausdruck geben. Pate der Aktion ist erneut Tagesthemen-Moderator Ingo Zamperoni. Der „Blickpunkt“ sprach mit dem gebürtigen Wiesbadener über die diesjährige Wahl.

Herr Zamperoni, warum ist Ihr Augenmerk beim Blick auf die prekäre Lage rund um den Globus in Belarus hängen geblieben?

Über die Ereignisse in Belarus haben wir in unseren Sendungen immer wieder berichtet und dabei auch die Situation der Medien beleuchtet. Der Fall der beiden Kolleginnen Katsyaryna Andreyeva und Darya Chultsova ist dabei ein besonders heftiger, denn nun sitzen sie dafür im

Straflager, dass sie ihre Arbeit gemacht haben. Das Regime hat mit aller Härte durchgegriffen, als sie eine stille Trauerkundgebung dokumentiert haben und sie mit einer fadenscheinigen Begründung vor Gericht gestellt. Das ist die Situation für Journalisten nicht irgendwo in weiter Ferne, sondern quasi vor unserer Haustür, an der Außengrenze der EU.

Erstmals werden zwei gravierte Füllfederhalter verschickt, an eine Frau vor der Kamera und eine dahinter.

Ich bin dem DJV Hessen dankbar, dass er meinem Wunsch entsprochen hat, damit die Teamleistung hervorzuheben. Gerade im Fernsehjournalismus entstehen Beiträge als Mannschaftsleistung. Bei der viele gar nicht sichtbar sind: die Kameraleute, die Tontechniker, die Producer, die Übersetzer, die Stringer vor Ort. Und in diesem Fall büßt ein Team

nun gemeinsam für Vorwürfe, die an den Haaren herbeigezogen sind.

Wie lange haben Sie überlegt, ehe Sie sich für diesen Fall entschieden haben? Tragischerweise hatten Sie ja von Myanmar bis Mexiko eine breite Auswahl.

Natürlich haben auch Kolleginnen und Kollegen in diesen Ländern unsere Aufmerksamkeit verdient. Gerade auch in Mexiko, wo es lebensgefährlich sein kann, journalistisch zu arbeiten. Aber die Situation im gar nicht so fernen Belarus führt uns gewissermaßen vor Augen, wie eng der Radius für freie und weitgehend unbehinderte Berichterstattung ist. Es erinnert uns daran, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, wie wir in liberalen Demokratien unseren Job ausfüllen können.

Wobei die Pressefreiheit auch hierzulande zunehmend unter Beschuss gerät. Gerade



Schriftlicher Schulterschluss: Ingo Zamperoni und Initiatorin Gabriela Blumschein beim Verfassen einer Solidaritätsadresse mit einer „Feder für die Pressefreiheit“. Archivfoto: Andreas Lang

musste etwa ein ARD-Kollege von Ihnen eine Schalte aus Stuttgart abbrechen, nachdem sein Team aus einer Querdenker-Demo heraus mit Steinen beworfen worden war.

Das ist bedenklich und erfüllt mich auch mit Sorge. Deutschland ist im Pressefreiheits-Ranking von „Reporter ohne Grenzen“ gerade herabgestuft worden, vor allem

wegen der Zunahme von Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten bei Demonstrationen. Verglichen mit der Situation etwa in Belarus arbeiten wir bei aller Verwerflichkeit dieser Entwicklungen dennoch unter privilegierten Umständen, allein schon, weil die Pressefreiheit staatlich garantiert ist und verteidigt wird. Davon können Kolleginnen und Kollegen in autoritär regierten Regimen wie in Belarus oder Myanmar nur träumen. Es ist auch ein Akt von Solidarisierung und Sensibilisierung, wenn wir uns bewusst machen, welche Freiheiten wir immer noch beanspruchen können.

Die Fragen stellte Andreas Lang.

Zunehmend zermürbend

In Belarus sind seit der umstrittenen Wiederwahl von Machthaber Lukaschenko hunderte Reporter attackiert und schikaniert worden – Produzieren aus dem Exil

Nicht erst seit der angeordneten Zwangslandung einer Ryanair-Maschine und der Verhaftung eines Passagiers, der als Journalist und damit Oppositioneller ins Exil ausweichen musste, ist der belarusische Präsident Alexander Lukaschenko bekannt dafür, mit Kritikern seines Regimes hart ins Gericht zu gehen. Das bekommen Berichterstatter, Blogger und Bürgerreporter mit zunehmendem Rigorismus zu spüren. Bekanntestes und drastisches Beispiel ist nun also Roman Protasewitsch.

Im Zuge der anhaltenden Proteste gegen Lukaschenkos umstrittene Wiederwahl Anfang August 2020 sind bislang über 30.000 Menschen zumindest vorübergehend festgenommen worden, darunter mindestens 500 Reporter aus dem In- und Ausland. Über hundert sind – offenbar zu Einschüchterungszwecken – zu kurzen Haftstrafen verurteilt worden. Zu den jüngeren prominenteren

Beispielen zählen Nicholas Connolly und Alexander Burakow, Korrespondenten der Deutschen Welle.

Letzterer ist zusammen mit einem Lokaljournalisten Mitte Mai zu jeweils 20 Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil sie über einen Prozess gegen Oppositionelle berichtet hatten. Burakows Kollege Connolly war im März ohne Begründung fünf Stunden lang in einer Wache in Minsk festgehalten worden, nachdem er einen kleinen Demonstrationzug am Stadtrand von Minsk gefilmt hatte. Connolly war aufgefordert worden, das Material vorzuspielen, andernfalls drohe ihm eine Verhaftung und die Konfiszierung seiner Ausrüstung. Nach Intervention der deutschen Botschaft in Belarus wurde er noch am gleichen Tag freigelassen. Wenige Tage zuvor war Connolly während Dreharbeiten schon einmal von einer Polizeistreife abgeführt worden, wurde nach einer Überprüfung sei-

ner Akkreditierung aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

Diese offizielle Zulassung wenigstens wird von den Behörden respektiert. Vielen, erst recht kritischen Berichterstatern wird diese allerdings verwehrt. Oder sie haben als freie und erst recht in sozialen Netzwerken agierende Dokumentaristen oder Bürgerjournalisten keine solchen Bürgen in einem gestandenen Sender oder Verlag. Auch Connolly fragt sich nicht erst nach dem am eigenen Leib erlebten staatlichen Durchgriff, welche Art von Journalismus in dem autokratisch regierten Land geduldet wird und nach welchen Kriterien die Sicherheitsbehörden die Grenzen der Meinungs- und Pressefreiheit ziehen.

Mit zunehmend zermürbender Wirkung: „Es wäre besser, sie würden uns alle erschießen, um das alles nicht ansehen zu müssen“, schrieb der Blogger Ihar Losik aus dem Gefängnis, ehe

er versuchte sich die Pulsadern aufzuschneiden. Aber auch mit Trotzreaktionen und Würde, der Verurteilten wie der Angehörigen. Im Fall der „Feder für die Pressefreiheit“-Trägerin Katsyaryna Andreyeva lässt sich ihre Familie das Wort nicht verbieten. Ehemann Ihar Iljasch, der als Journalist seinerseits wiederholt ins Visier der Sicherheitsbehörden geraten ist, fungiert als ihr Sprachrohr in die internationale Medienlandschaft hinein. Ihr Großvater Sergej Waganow verweist stolz auf die Familientradition, die bereits in der vierten Generation Journalisten hervorbringe.

Weit hinten auf der Rangliste

Und auch im Ausland haben sich nach der Eskalation der Willkür gegen neutrale Berichterstatte die Fürsprecher formiert: Der DJV hat sich mit den Belsat TV und seinen inhaftierten Mitarbeiterinnen solidarisiert, Reporter

ohne Grenzen wehrt sich mit dem Hashtag #freethemall dagegen, dass „Journalistinnen und Journalisten durch Abschreckung mundtot gemacht werden“, EU-Abgeordnete, auch aus Deutschland, haben sich mit Kampagnen in den sozialen Netzwerken #freethemall zu eigen gemacht. Auf der Rangliste der Pressefreiheit sieht Reporter ohne Grenzen Belarus auf Platz 153 von 180 Staaten. Dem belarusischen Journalistenverband sind voriges Jahr 480 Festnahmen und 62 Fälle von Gewalt gegen Journalisten bekannt geworden. Gegen keinen der Täter ist bislang ermittelt worden.

Belsat TV, für das Andreyeva und Chultsova arbeiteten, sendet via Satellit aus dem polnischen Exil, finanziert unter anderem vom polnischen Staat und der EU. Mitarbeiter in Belarus (wo sich die Redaktion an geheimen Orten treffen muss) sind in der Vergangenheit bereits von den Behörden schikaniert und behindert worden.

Derart drakonisch, dass Journalistinnen mit konstruierten Begründungen vor Gericht gestellt und zu Straflager verurteilt worden sind, geht der Apparat aber erst vor, seitdem die Proteste gegen die umstrittene Wiederwahl von Machthaber Lukaschenko nicht abgerissen sind – und die unabhängige Berichterstattung auf neuen Kanälen und per Livestreams nicht unterbunden werden kann. Dieser ungefilterte Transport von Informationen über das Geschehen in Echtzeit ermutigt wiederum Demonstranten, sich zu koordinieren und durchzuhalten.

Bürgerreporter, Handy-Videos und Livestreams, versendet über verschlüsselte und anonymisierte Messenger-Dienste wie Telegram, gelten als eine Erklärung für die Langlebigkeit der Proteste in Belarus. „Partisanschtschina“ – so ist diese Strategie des digitalen Partisanenkampfes mit einer russischen Wortschöpfung belegt. Denn die herkömmlichen Westen mit

der Aufschrift „Presse“ am Rande eines Protestzugs gelten schon lange nicht mehr als Legitimation, unbehindert und unbehelligt, journalistische Arbeit erledigen zu können. Sondern als Einladung an die Sicherheitskräfte, Berichtersteller unsanft aus dem Verkehr zu ziehen.

Wahllose Verhaftungen

Neben Belsat TV zählt die Online-Plattform Tut.by zu den zuverlässigsten Quellen unabhängiger Berichterstattung über die Entwicklungen in Belarus. Das digitale Medium soll fast zwei Drittel der Bevölkerung viral erreichen. Wenig überraschend kommen daher Meldungen, dass die Regierung Lukaschenko die Nachrichtenversorgung systematisch auszutrocknen versucht. Unter dem Vorwand angeblicher Steuerhinterziehung haben Sicherheitskräfte die Wohnung von Chefredakteurin Marina Solotowa durchsucht; Computer, Telefone und Bankkarten sind auch

in Redaktionsräumen beschlagnahmt worden. Der Internetauftritt von Tut.by ist wegen angeblicher Veröffentlichung „verbotener Informationen“ blockiert, die Redaktion weicht auf Twitter und Telegram aus. Solotowa und vermutlich sieben weitere Mitarbeiter des Online-Mediums sind festgenommen worden. Eine weitere Redakteurin hat eine 15-tägige Haftstrafe verbüßt, weil sie an illegalen Protesten von Studierenden teilgenommen haben soll.

Die Liste solcher Drangsalierungen von Journalistinnen und Journalisten in Belarus ließe sich fortsetzen. Mit der Entführung und demütigenden Vorführung von Roman Protasewitsch, begründet mit seinen publizistischen Dokumentationen auf dem führenden russischsprachigen Telegram-Nachrichtenkanal Nexta, ist ihr ein weiterer prominenter Name hinzugefügt worden.

ala

Weggesperrt bis zum letzten Tag

Der saudische Journalist und Blogger Raif Badawi muss seine zehnjährige Haftstrafe wegen angeblicher Beleidigung wohl komplett absitzen

Es sieht ganz danach aus, als ob Raif Badawi, dem der Landesverband und Pate Ingo Zamperoni im vorigen Jahr die „Feder für die Pressefreiheit“ zugebracht haben, seine Haftstrafe in Saudi-Arabien bis zum bitteren Ende verbüßen müssen wird.

Mitte Juni beginnt sein zehntes Jahr hinter Gittern – und damit das letzte, zu dem das Regime den Blogger und Aktivist 2013 in letzter Instanz wegen angeblicher Beleidigung des

Islam verurteilt hatte. Damit wäre seine Strafe zumindest für diesen Anklagepunkt vollständig abgebußt.

In Untersuchungshaft wurde Badawi bereits im Juni 2012 genommen. Immerhin dürften dem heute 37-jährigen weitere Stockhiebe erspart bleiben. Die Prügelstrafe ist in Saudi-Arabien mittlerweile offiziell abgeschafft worden. Nachdem dem Gefangenen in Dschidda öffentlich 50 Schläge verabreicht worden waren. Badawis Gesundheits-

zustand hatte sich danach derart verschlechtert, dass nach ärztlicher Konsultation weitere Prügel Woche um Woche ausgesetzt worden war, zu labil war sein Gesundheitszustand. Voriges Jahr war Badawi aus Protest gegen seine Haftbedingungen in einen Hungerstreik getreten.

All dies – und die vorübergehend beträchtliche öffentliche Aufmerksamkeit für seinen Fall (bis hin zu einer wöchentlichen Kolumne in der „Zeit“) – hat

die saudische Regierung bislang nicht dazu bewegen können, die Haftstrafe zu verkürzen. Auch wenn das kanadische Parlament jüngst beschlossen hat, ihm wegen einer „besonderen und ungewöhnlichen Notlage“ die Staatsbürgerschaft zu verleihen. Dann könnte Badawi mit seiner Familie zusammengeführt werden, die seit acht Jahren in Nordamerika im Exil lebt. Aus diplomatischen Gründen hält sich die kanadische Regierung zum Stand

ihrer Bemühungen bedeckt, die Aufforderung der Legislative zu realisieren.

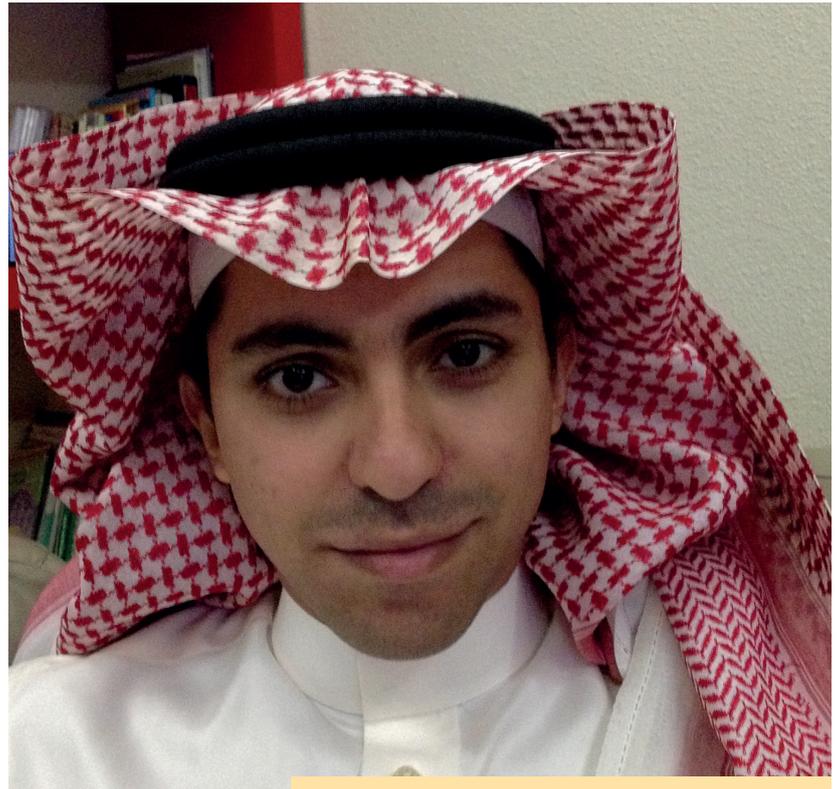
Aus Saudi-Arabien selbst kommen widersprüchliche Signale zum Umgang mit politischen Gefangenen. Einerseits sind Aktivisten begnadigt oder unter Hausarrest gestellt worden. So beispielsweise Loudschain al-Hathloul, die unter anderem mit einem Video bekannt geworden ist, das sie hinter dem Lenkrad eines Autos zeigt. Die Frauenrechtlerin ist im Februar auf Bewährung freigelassen worden, nachdem sie im Dezember wegen angeblicher Gefährdung der nationalen Sicherheit zu fünf-einhalb Jahren Haft verurteilt worden war. Zwei Jahre davon hatte al-Hathloul in Untersuchungshaft verbüßt. Es gilt als gesetzt, dass sich die Administration von US-Präsident Biden und auch die EU hinter den Kulissen für eine mildere Behandlung der Feministin eingesetzt haben – in ihrem Fall mit Erfolg.

Wenige symbolische Zugeständnisse

Wegen des internationalen Protests nach der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi im Oktober 2018 im saudischen Konsulat in Is-

tanbul war der einflussreiche Kronprinz nicht nur in diesem Fall offensichtlich bemüht, den beträchtlichen Imageschaden mit symbolischen Gesten und Zugeständnissen zu begrenzen. In der Causa Badawi sind andererseits gerade neue Untersuchungen wegen angeblicher Aufwiegelung der öffentlichen Meinung und Schädigung des Rufs des Königreichs bekannt geworden. Die Kampagnen zu seiner Begnadigung könnten sich makaberer Weise als Bumerang erweisen und zu einer weiteren Anklage oder einer willkürlichen Verlängerung der Haftstrafe führen.

Badawis „Vergehen“ bestand darin, für eine Trennung von Staat und Religion zu plädieren. Inklusiv weltanschaulich neutraler Haltung durch den Staat, also religiöse Toleranz. Was in westlichen Staaten als gesetzt gilt, stellt im Wahabismus eine Beleidigung der Staatsreligion dar. Ein islamisches Rechtsgut-



Keine Gnade: Das saudische Regime hält Raif Badawi weiterhin in Haft. Foto: Privat

achten erklärte ihn daraufhin im März 2013 zu einem „Ungläubigen“. Das Gericht warf ihm vor, Muslime, Christen, Juden und Atheisten als gleichwertig eingestuft zu haben, was gegen ein im Jahr 2014 in Kraft getretenes Anti-Terror-Gesetz verstoße.

„Du bist ein Mensch? Dann ist es Dein gutes Recht, dich auszudrücken und zu denken, was immer du willst.“ Dieses

Plädoyer für freie Meinungsäußerung hat das PEN-Ehrenmitglied Raif Badawi, der auch für den Friedensnobelpreis nominiert worden ist, in seinem Essay „Denke, was immer Du willst“ 2010 verfasst. So viel Freiheit, nicht einmal der Gedanken, räumt ihm das saudische Königshaus nicht ein. Für derart gefärbte Artikel und Blogbeiträge sperrt es den Freigeist bis heute ein.

Andreas Lang

Mahnwachen für Raif Badawi

Raif Badawis Ehefrau Ensaf Haidar und ihre drei Kinder geben die Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen mit dem Ehemann und Vater nicht auf – so wie sie es neun Jahre lang nicht getan und vom Exil in Kanada aus unermüdlich forciert haben. In den sozialen Netzwerken hält sie die Erinnerung an ihren Mann kontinuierlich wach, auf eigene Faust und mit Unterstützung zahlreicher Menschenrechtsorganisationen. In einem Jahr können die Badawis ihren 20. Hochzeitstag feiern. Welchen Wunsch sie dafür haben, ist so selbstverständlich wie simpel: gemeinsam.

Internationale Unterstützung zur Freilassung ihres Mannes erhält Haidar auch aus Deutschland. In Tübingen etwa erinnern Menschenrechtsaktivisten seit neun Jahren Samstag für Samstag

mit Mahnwachen an den Gefangenen und fordern unter dem Hashtag #FreeRaifBadawi. Über 325 Mal hat sich die kleine Gruppe bereits in der Fußgängerzone formiert, und sie lässt nicht locker. Vor vier Jahren hat sie prominente Unterstützung erhalten, von Ensaf Haidar höchstselbst. Parallel zu den Plakataktionen vor Ort postet die „Tübinger Mahnwache für Raif Badawi“ Videos auf YouTube und Facebook, in der sich Kenner und Analysten der saudischen Verhältnisse auch für die Freilassung von Badawis Schwester Samar und seines Anwalts Waleed Abu al-Khair aussprechen. Letzterer ist wegen angeblichen „Ungehorsams gegenüber dem Herrscher und Versuchs, seine Legitimation zu untergraben“ sowie „Schädigung des Rufs des Staates durch den Austausch mit internationalen Organisationen“ zu 15 Jahren Haft verurteilt worden.

„Manipulation nicht ausgeschlossen“

Warum der Landesverband das Ergebnis der Personalratswahlen beim Hessischen Rundfunk nicht klaglos hinnehmen kann

Ende Mai wurden beim Hessischen Rundfunk die Mitarbeitervertretungen neu gewählt, Anfang Juni haben sich die Gremien konstituiert. Ob sie in dieser Konstellation weiter tagen werden, ist offen. Denn mehrere Gewerkschaften, darunter auch der DJV Hessen, haben angekündigt, die Wahlen vor dem Frankfurter Verwaltungsgericht anfechten zu wollen. Über die Beweggründe haben wir mit dem Landesvorsitzenden Knud Zilian gesprochen.

Wie hat der DJV nach dem bisher festgestellten Wahlergebnis abgeschnitten?

Ich bin zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden im Gesamtpersonalrat gewählt worden, Sylvia Kuck zur zweiten stellvertretenden Vorsitzenden im örtlichen Personalrat in Frankfurt. In Kassel bleibt Christof Dörr ÖPR-Vorsitzender.

Damit haben beide ihre Funktionen als Vorsitzende dieser beiden Gremien nicht verteidigen können. Wie schmerzhaft ist das?

Das ist umso schmerzhafter, da wir gravierende Indizien dafür haben, dass die Wahlen nicht ordnungsgemäß abgelaufen sind.

Welcher Verdacht steht im Raum?

Am gravierendsten zählt für uns, dass wir eine Wahlmanipulation an den beiden Wahltagen nicht ausschließen können. Unsere Recherchen haben darüber hinaus ergeben, dass die Wählerinnen und Wähler im Vorfeld nicht ausreichend über das Prozedere in Pandemie-Zeiten informiert waren. Schließlich haben sich Ungereimtheiten beim Umgang mit den Briefwahlunterlagen gehäuft.

Gehen wir die Vermutungen der Reihe nach durch. Der Verdacht einer Wahlmanipulation wiegt schwer. Worauf wird er begründet?

Wie erst kurz nach der Wahl bekannt wurde soll eine Vertreterin von ver.di (Name ist uns bekannt) als Wahlhelferin aus dem Wahllokal heraus eine andere Kollegin darüber informiert haben, welche MitarbeiterInnen noch nicht gewählt

hatten. Diese Information entnahm sie der Wählerliste und gab sie weiter. Eine solche Beobachtung wurde von einem im Wahllokal anwesenden Vertreter der Gewerkschaft VRFF gemacht. Eine entsprechende Information ging an den Wahlvorstandsvorsitzenden. Ein anderes ver.di Mitglied (Name ist ebenfalls bekannt) soll dieses Vorgehen ihm gegenüber nicht nur für diese Wahl, sondern bereits für die vergangenen Personalratswahlen bestätigt haben.

Mit welchem Ziel?

Die Informationen über die Personen, die noch nicht gewählt hatten, sollen dazu geführt haben, dass diese dann zur Teilnahme per Telefon aufgefordert wurden. Ob es sich hierbei nur um Personen handelte, die Mitglied bei der Gewerkschaft ver.di waren, ist nicht bekannt.

Was soll im Vorfeld der Personalratswahlen nicht ordnungsgemäß abgelaufen sein?

Die Wahlen wurden ausschließlich im Intranet des Hessischen Rundfunks veröffentlicht. Dieses ist dann sichtbar, wenn man am Arbeitsplatz im Sender seinen Rechner hochfährt. Aus dem Home-Office heraus ist das nicht der Fall. Hier muss man gezielt eine Applikation aufrufen und dann das Intranet öffnen. So haben einige MitarbeiterInnen berichtet, überhaupt nicht gewusst zu haben, dass



Die Spitzenkandidaten des DJV bei den Personalratswahlen: Sylvia Kuck und Knud Zilian. Foto: DJV

Personalratswahlen anstehen.

Ist diesen Meldungen im Vorfeld nachgegangen worden?

Der entsprechende Hinweis im Intranet wurde von der Startseite heruntergenommen und war dann nur noch über einen Link „Personalratswahlen“ erreichbar. In Zeiten von Corona, in denen zum Homeoffice nicht nur aufgerufen, sondern die Mitarbeiter auch verpflichtet waren, war damit nicht gewährleistet, dass alle WählerInnen überhaupt Kenntnis über die anstehenden Personalratswahlen gehabt haben. Manche freie MitarbeiterInnen haben überhaupt keinen Zugang zum Intranet. Wie viele MitarbeiterInnen nicht aktiv über die Wahlen informiert waren, wird sich schwer ermitteln lassen.

Könnte das auch die niedrige Wahlbeteiligung erklären?

Das nicht alle Wähler und Wählerinnen von den Wahlen Kenntnis haben mussten und eine Wahlbeteiligung von 27 Prozent (2016 lag sie noch bei 37 Prozent) können das Wahlergebnis jedenfalls entscheidend beeinflussen.

Die Personalratswahlen beim hr

Im Hessischen Rundfunk sind Ende Mai die Mitarbeitervertreterinnen und -vertreter für den Gesamtpersonalrat, den örtlichen Personalrat in Frankfurt sowie die beiden Repräsentanten im Verwaltungsrat neu gewählt worden. Nach dem bisherigen Ergebnis hat die gemeinsame Liste von ver.di und der deutschen Orchestervereinigung im GPR wie im ÖPR die absolute Mehrheit errungen. Damit gehen in beiden Gremien 10 von 17 Sitzen an diese Liste. Im Verwaltungsrat übernimmt ver.di beide Beschäftigtenplätze. DJV-Landesvorsitzenden bleibt im GPR, allerdings als stellvertretender Vorsitzender. Gegen das Wahlergebnis will neben dem DJV auch die unterlegene Medien-Gewerkschaft VRFF vor Gericht Einspruch erheben. ala

Wer Briefwahlunterlagen beantragt hat, konnte auch nicht sicher sein, ordnungsgemäß versorgt worden zu sein?

Die Briefwahlunterlagen waren teilweise unvollständig. Eine HelferIn des Wahlvorstands hat in einer nicht genau bezifferbaren Größenordnung nicht alle Briefwahlunterlagen in die entsprechenden Umschläge gesteckt. Das ist BriefwählerInnen aufgefallen, die das moniert haben. Recherchen des Wahlvorstandsvorsitzenden haben ergeben, dass es sich um eine Größenordnung von bis zu 200 unvollständigen Wahlunterlagen gehandelt haben kann. Auch das ist geeignet, das Wahlergebnis beeinflusst zu haben.

Und auch beim Rückversand soll es Probleme gegeben haben?

Es wurden vereinzelt Fälle bekannt, bei denen die Rückadresse der Unterlagen nicht den angeschriebenen WählerInnen entsprachen. In welcher Größenordnung dies vorkam, ist nicht bekannt. Im Einzelfall ist das vielleicht nicht wahlentscheidend, in der Summe prägt das aber den Gesamteindruck.

Haben alle Briefwähler rechtzeitig wählen können?

Ich befürchte nicht. WählerInnen haben sich massiv beschwert, dass Briefwahlunterlagen so spät ankamen, dass nicht garantiert war, dass sie noch rechtzeitig und damit gültig beim Wahlvorstand eintreffen würden. Hier kann nicht gesagt werden, ob die WählerInnen die Unterlagen überhaupt noch abgeschickt hatten. Einige brachten die Briefwahlunterlagen noch ins Wahllokal. Andere berichteten darüber, dass sie sie nicht mehr abgeschickt hatten.

Und einige Briefe kamen überhaupt nicht an?

Richtig. Einige WählerInnen erklärten, dass sie trotz Anforderung überhaupt keine Briefwahlunterlagen erhalten hatten. Auch hier wird nicht mehr zu klären sein, in welcher Anzahl das geschehen ist, die Beschwerden aber waren massiv.



Bleibt Vorsitzender des Kasseler Personalrats:
Christof Dörr. Foto: Ron Kedem

Welche Konsequenzen zieht der DJV aus all diesen Erkenntnissen?

Angesichts der Fülle dieser Ungereimtheiten bleibt uns nichts Anderes übrig, als gegen die Feststellung dieses Wahlergebnisses für den Gesamtpersonalrat, den örtlichen Personalrat in Frankfurt und die Beschäftigtenvertreter im Verwaltungsrat zu klagen. Dann muss das Verwaltungsgericht darüber befinden.

Die Fragen stellte Andreas Lang.

Verbandstag 2021

Samstag, 11. September 2021, 10:00 Uhr

im NH Frankfurt Airport West, Kelsterbacher Straße 19, 65479 Raunheim (Frankfurt)

Tagesordnung

1. Eröffnung

2. Bestätigung/Wahlen

- a) Tagungspräsidium
- b) Mandatsprüfungs-, Wahl- und Zählkommission

3. Berichte soweit vorliegend schriftlich oder mündlich

- a) Geschäftsführender Vorstand
- b) Schatzmeister
- c) Rechnungs- und Kassenprüfung
- d) Fachausschüsse

4. Aussprache

u. a. Grußworte

5. Bericht der Mandatsprüfungskommission

6. Entlastung des Geschäftsführenden Vorstandes

7. Wahlen

a) Geschäftsführender Vorstand

aa) 1. Vorsitz

bb) 2. Vorsitz

cc) Schatzmeister

dd) Schriftführung

ee) vier Beisitzer

b) Rechnungsprüfung

c) Schiedskommission

d) Mitglieder Fachausschuss Europa

e) Delegierte der DJV Verbandstage 2021 und 2022

8. Anträge

a) Satzungsändernde Anträge

b) Normale Anträge

9. Verschiedenes

Der Geschäftsführende Vorstand

Mittagsimbiss um 13:00 Uhr

Wir bitten um Einhaltung der Hygiene-Vorschriften.

Krönender Abschluss

Birgit Emnet und zwei Kollegen erhalten für ihre konsequenten Recherchen zum AWO-Skandal in Wiesbaden den Wächterpreis der deutschen Tagespresse

Es war denkbar knapp: Beinahe wäre Birgit Emnet schon in Rente gewesen und hätte damit die Krönung ihres journalistischen Schaffens verpasst. Aber weil sie in den letzten Dienstmonaten beim „Wiesbadener Kurier“ bei Recherchen zu einem kommunalpolitischen Skandal auch Ungereimtheiten beim dortigen Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt aufgespürt hatte, wollte sie diese allein wegen eines formalen Stichtags nicht abrupt einstellen. Dieses journalistische Selbstverständnis hat dem DJV-Mitglied nun als Teil eines Investigativteams den Wächterpreis der deutschen Tagespresse und 10.000 Euro Preisgeld beschert.

Dabei war Emnet zum Zeitpunkt ihrer Entscheidung, in der Causa Awo am Ball zu bleiben, nicht ansatzweise bewusst, welche Kreise der Skandal um Selbstbereicherung, Misswirtschaft und Machtmissbrauch in dem Sozialverband ziehen würde. Die anfänglichen Nachforschungen waren vielmehr auch eine Art Amtshilfe für den Kollegen Daniel Gräber. Der heutige Ressortleiter bei „Cicero“ hatte bei seiner Aufarbeitung des lokalen Awo-Skandals für die Frankfurter Neue Presse Querverbindungen, strukturelle Verwicklungen und Allianzen in die Landeshauptstadt aufgespürt. Dort konnte die Kurier-Redakteurin dann auch Fäden aus dem Geflecht der vorangegangenen Affäre um

fragwürdige Vorteilsnahmen durch den früheren Oberbürgermeister Sven Gerich aufnehmen und weiterspinnen.

„Jetzt scheiden Sie aus, und das Messer steckt noch in der Sau“, hatte der damalige Chefredakteur Stefan Schröder sein Bedauern bei Emnets Verabschiedung zum Ausdruck gebracht. Ihr Instinkt und ihr journalistischer Impetus rieten ihr, sich nicht aus mittlerweile zwei Affären zurückzuziehen. Zu Recht: Am Ende einer 37-jährigen journalistischen Laufbahn, die sie ausschließlich beim Wiesbadener Kurier verbracht hat, wurde Emnets akribische Arbeit mit einer der renommiertesten Auszeichnungen der Branche gekrönt.

Mahnende Worte von Publizist Wolffsohn

Den Umständen geschuldet ist der Preis Anfang Juni digital und nicht wie üblich im Frankfurter Römer verliehen worden. Das hat dem Hausherrn, Oberbürgermeister Peter Feldmann, eine direkte Begegnung mit denjenigen erspart, die den AWO-Sumpf mit trockengelegt haben. Er hatte sich in einem ungeahnten Ausmaß von Frankfurt bis in die Landeshauptstadt ausgedehnt und auch die bei dem Frankfurter Wohlfahrtsverband angestellte Ehefrau des Stadtoberhaupts angesogen. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt ermittelt bei der Aufarbeitung des Awo-Komplexes mittlerweile auch gegen das Ehepaar Feldmann.

Die Festrede hat der Historiker Michael Wolffsohn gehalten, der seine Gedanken lieber als „Brandrede“ verstanden wissen wollte. Der Publizist beschäftigte sich darin nicht nur mit der ambivalenten Konnotation des Begriffs „Wächter“. In seiner negativen Auslegung haften ihm der Beiklang eines Aufpassers oder gar Bevormunders ein. „In der Bevormundung lauert die Gefahr, den eigenen Willen mit dem allgemeinen Willen gleichzusetzen“, warnte Wolffsohn.

Für die vierte Gewalt fehlt ihm ein ausdifferenziertes System der Checks an Balances. Diese Lücke müsse geschlossen werden, ohne deswegen gleich eine Zensur ausüben zu wollen oder zu müssen, forderte der emeritierte Professor,



Hat sich weder abwimmeln noch verunsichern lassen: Die langjährige Redakteurin des Wiesbadener Kuriers, Birgit Emnet, ist für ihre maßgeblichen Recherchen im Wiesbadener Awo-Skandal mit dem Wächterpreis der Tagespresse geehrt worden.

Foto: privat

dessen Herz für die Tageszeitungen schlage. „Aber mein Herz blutet.“

In ihrem nüchternen, konsequenten, faktenbasierten Stil hat Birgit Emnet Schritt für Schritt den hiesigen AWO-Sumpf vermessen. Phasenweise glichen die Rekonstruktionen mehr einer Detektivarbeit als redaktioneller Routine. Sie musste Bilanzen und Wirtschaftsprüferberichte durchdringen, Immobiliengeschäfte bewerten und Gesellschaftergeflechte auflösen, juristische Sachverhalte gewichten und personelle Verquickungen entwirren. Immer mit dem Anspruch, zulässige Schlussfolgerungen zu ziehen, unvoreingenommen zusammenzufassen und objektiv zu berichten.

Hilfe hat das langjährige DJV-Mitglied einerseits von Sachverständigen erfahren, die sie zur Einordnung von Spezifika, Branchenlatein und Kennziffern konsultieren konnte. Andererseits wusste sie ihren Verlag und die Chefredaktion hinter sich. Das Haus flan-

kierte Emnet konsequent, erst recht, da sie sich auf fallseitigen Wunsch als freie Mitarbeiterin in den Awo-Komplex vertiefte. Als festangestellter Kollege ist der Redaktionsleiter und stellvertretende Kurier-Chefredakteur Olaf Streubig früh in die komplexe Berichterstattung mit eingestiegen. André Domes, stellvertretender Leiter der Lokalredaktion, hat flankierend als eine Art „Innenminister“ strukturelle Tipps gegeben und dem Duo den Rücken für die zeitaufwändigen Recherchen freigehalten. Für diese Mannschaftsleistung, die in eine lange Artikelserie und Podcasts mit den bislang höchsten Aufrufen mündete, wird dieses Trio auf Vorschlag des damaligen Hessen-Chefredakteurs Lars Hennemann nun gemeinschaftlich mit dem Wächterpreis ausgezeichnet.

Arsenal an Androhungen

Als ob die monatelange Fleißarbeit nicht schon genug Kräfte gebunden hätte, musste sich die gebürtige Pfälzerin im Lauf ihrer Publikationen eines kontinuierlichen Drucks

der Gegenseite erwehren. Er reichte von subtilen bis hin zu unverhohlenen Drohungen mit juristischen Konsequenzen über eine unterstellte Fremdsteuerung durch die AfD bis hin zu Diskreditierungen ihres Verlags bei öffentlichen Veranstaltungen. Wenn sich Emnet von solchen Einschüchterungsversuchen hat beeindrucken lassen, lässt sie es sich zumindest nicht anmerken.

Dass die Ergebnisse ihrer Nachforschungen naturgemäß nicht jedem geschmeckt haben, erst recht nicht dem Geschäftsführer-Ehepaar Richter, das im Mittelpunkt des AWO-Skandals an Rhein und Main steht, war von Beginn an eingepreist. „Widerstand habe ich von Beginn an zu spüren bekommen, aber der hat nur meine Neugier geweckt, meine Hartnäckigkeit gestärkt und mich angespornt, wasserdicht zu liefern“, erzählt die durch so manches kommunalpolitische Scharmützel gestählte Redakteurin im Gespräch mit dem „Blickpunkt“. „Zumal ich die

Chefredaktion und den Verlag in jeder Phase hinter mir wusste.“ Was sich bis hin zur juristischen Assistenz konkretisierte, wenn sich die Autorin mit persönlichen Klageandrohungen bei unliebsamen Veröffentlichungen konfrontiert sah.

„Große Geschichten brauchen einen langen Atem“, rät Emnet der nächsten Journalisten-Generation. Standhaft bleiben, keiner Autoritätsgläubigkeit unterliegen, keinem Ablenkungsmanöver aufsitzen, kritische Distanz wahren, keinen Kotau – zu diesen Tugenden rät sie. Nach der ersten Berichterstattung über das System „AWO Wiesbaden“ im Herbst 2019 bis hin zu den Kulminationen mit dem eröffneten Insolvenzverfahren ein gutes Jahr später flauen die Schlagzeilen allmählich ab, die Berichterstattung widmet sich mehr der Regeneration der Wiesbadener AWO. Der Preis für eine herausragende journalistische Gesamtleistung bleibt.

Andreas Lang

Gratulation von der inkriminierten Organisation

*Die Stiftung „Freiheit der Presse“ vergibt seit 1969 jährlich den „Wächterpreis der deutschen Tagespresse“ an Journalist*innen und Redaktionen, die „in Wahrnehmung von staatsbürgerlichen Rechten den Kampf um eine saubere Verwaltung aufnehmen, Übergriffe der Bürokratie oder anderer Machtgruppen recherchieren und darüber berichten und dabei ohne Rücksicht auf Namen und bestehende Verhältnisse Missstände schonungslos aufdecken“. Er ist damit eine der bundesweit ältesten Auszeichnungen für herausragende journalistische Recherchen.*

Das Rechercheteam des Wiesbadener Kuriers habe in monatelanger akribischer Arbeit ein System persönlicher Bereicherung beim AWO-Kreisverband enthüllt, der sich mit Hilfe undurchsichtiger Verflechtungen jeglicher Kontrolle entzogen habe, begründete die Jury ihre Wahl. Im größeren Kontext habe es die grundlegende Problematik großer „Sozialkonzerne“ aufgezeigt, die für ihre Zwecke über enorme Summen aus Steuergeldern verfügten, der nötigen Kontrolle aber nicht unterlägen. „Dieses Beispiel zeigt, wie stark eine

Redaktion auftreten kann, wenn sie dran bleibt“, lobte Jurysprecher Moritz Döbler, Chefredakteur der Rheinischen Post, in seiner Laudatio.

*„An diesem Fall kann man sehr gut festmachen, warum man Medien wie unsere auch in der Zukunft braucht“, bekräftigte VRM-Herausgeber Hans Georg Schnücker. Mindestens genauso sehr dürften sich Birgit Emnet, André Domes und Olaf Streubig über das Lob des Wiesbadener AWO-Kreisverbands für die herausragende Auszeichnung freuen. Die neue Geschäftsführung zollte ihnen Respekt für ihre „couragierten Reportagen und umfassenden Analysen zur Aufklärung der Verfehlungen der früheren Geschäftsführung des AWO-Kreisverbands Wiesbaden, die sich jahrelang überhöhte Gehälter, luxuriöse Dienstwagen, missbräuchliche Bargeldentnahmen und Kreditkarten genehmigt und ausgewählte Mitarbeiter*innen begünstigt hat“. Damit habe die Redaktion einen wesentlichen Beitrag zur Unterstützung des Anliegens geleistet, verloren gegangenes Vertrauen durch umfassende Aufklärungsarbeit zurück zu gewinnen. ala*

Schweinehund klar abgeschüttelt

Vorsitzender des Ortsverbands Gießen schließt sich Team beim „DJV-Lauf für die Pressefreiheit“ an - An 42 Tagen fast 500 Kilometer beigesteuert



Meine Leistungen

707.605 Schritte insgesamt
21228 kcal
495,32 km
Im Schnitt 15,725 Schritte am Tag

Gesamt-Rangliste mit Stand: 02.05.2021, 10:26:24 Uhr

1. Platz	Hamburger Freiheitsläufer 2.750,248 Schritte 1.925,62 km	Zuletzt erreicht: sammelt weiter Schritte Das Team mit den meisten Schritten gewinnt.
2. Platz	Bonnener Roadrunners 2.604,255 Schritte 1.822,98 km	Zuletzt erreicht: sammelt weiter Schritte Das Team mit den meisten Schritten gewinnt.
3. Platz	Bewegung zählt 2.613,005 Schritte 1.759,10 km	Zuletzt erreicht: sammelt weiter Schritte Das Team mit den meisten Schritten gewinnt.
4. Platz	Schnüffelnasen 2.226,220 Schritte 1.673,86 km	

Fotos/ Montage: Bugge

Täuschend echt: 42 Tage lang waren die Teams beim virtuellen „Lauf für die Pressefreiheit“ auf den Beinen.
Fotos/ Montage: Bugge

Wir sind Millionäre. Denn 2.391.230 Schritte und damit 1673,93 Kilometer haben wir im fünfköpfigen Journalisten-Team mit dem netten Namen „Schnüffelnasen“ bei der Aktion „Lauf für die Pressefreiheit 2021“ des Deutschen Journalisten Verbands (DJV) geschafft. Obwohl es kein Wettkampf war, bedeutet unsere Leistung Platz vier im bundesweit 18 Teams umfassenden Feld mit 89 Läuferinnen und Läufern. Zwei Tage länger als die vielsagenden 40 biblischen Tage, also 42 Tage lang, ging es vom 21. März bis zum 1. Mai von Berlin aus in die Machtzentren Paris, Brüssel und Luxemburg, um mit der Aktion den Wert der Pressefreiheit herauszustellen.

1715 Kilometer sollten die Teams schaffen, die innereuropäische Strecke von Deutschland nach Frankreich, Belgien und Luxemburg allerdings nur virtuell laufen. Denn jede Läuferin und jeder Läufer ging

in Pandemiezeiten zuhause und je nach Lust und Laune auf Tour. Die Tagesleistung, auf dem persönlichen Fitnessstracker dokumentiert, wurde von jedem einzeln in Treu und Glauben im Online-Veranstaltungsportal Schritt4fit hinterlegt. Hier war zudem ein persönlicher, virtueller „Innerer Schweinehund“, ein treuer Begleiter, unterwegs, der – offenbar von Algorithmen gesteuert – mal mehr und mal weniger als ich gelaufen ist und vor allem als Ansporn diente. 707.605 Schritte und 495,32 Kilometer stehen in meiner persönlichen Bilanz, die den „Schweinehund“ (687.115 Schritte) klar hinter sich gelassen hat.

Uns „Schnüffelnasen“ mit Rainer N. aus Rheinland-Pfalz, Thomas H. aus Niedersachsen, Klaus B. aus Hamburg, René M. aus Sachsen-Anhalt und mir als Hesse fehlten am 1. Mai als letztem Tag gerade mal die Marathon-Distanz von 42 Kilometern bis ins Ziel, das übrigens nur die

sehr lauffleißigen drei Erstplatzierten pünktlich und locker erreicht haben. Mit Rücksicht auf Daten-Puristen im vom DJV und Schritt4fit zusammengestellten Team hatten wir „Schnüffelnasen“ untereinander leider nur kurzen E-Mail-Kontakt.

Verbunden hat uns aber das Thema Pressefreiheit. Und an jedem der 42 Tage, an dem die zwei Spazierrunden mit dem Hund oder die Laufrunde zwischen acht und elf Kilometern anstand, kreisten die Gedanken um

dieses wertvolle Gut des bürgerlichen Gemeinwesens. Keine Selbstverständlichkeit, wie wir aus den Nachrichten und auch dieser Ausgabe des „Blickpunkts“ wissen, die von Gewalt gegen Journalisten berichten, von Haft und Folter und Unterdrückung. Meistens von Staats wegen, weil selbst den angeblich demokratisch legitimierten Mächtigen, ihren Interessen und ihrem Tun mitunter eine freie Presse entgegentritt.

Bedrohungen alltäglich und allgegenwärtig

Die Bedrohungen für die Pressefreiheit sind allgegenwärtig und alltäglich. Dann nämlich, wenn der gesellschaftliche Konsens über die Definition von freien Medien und deren Auftrag in einer scharfen öffentlichen Polarisierung verlorenght. Wenn kein sachlicher Diskurs mehr über unsere Arbeit und ihre Ergebnisse möglich ist, weil wir als „System- und Lügenpresse“ abgestempelt,

angefeuert und angegriffen werden.

Um die Akzeptanz der Medien zu steigern und sie zu stärken, muss Kontrolle und Transparenz durch Organe wie dem Presserat ausgeübt werden. Andererseits muss Medienkompetenz in der Bevölkerung erhöht werden. Beides stärkt die Pressefreiheit.

Die staatlich verordneten Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie haben neben den bürgerlichen Freiheiten ebenso die Pressefreiheit eingeschränkt. Die kontaktfreie Vereinzelung im Home-Office und die Reduzierung der Produktion in den leeren Redaktionen verhindern den alltäglichen produktiven Austausch

über unsere Themen und unsere Arbeit.

Verteidigungswerte Privilegien

Auf der anderen Seite gibt es kaum noch Präsenz-Pressekonferenzen oder Termine, bei denen wir den Dingen und Akteuren nah sind und uns selbst ein Bild machen können. Mit Video-Konferenzen und Telefoninterviews erfassen wir eingeschränkt nur einen Teil der Informationen, die für die Berichterstattung relevant sind. Und zu guter Letzt wächst in dieser Zeit die Zahl der öffentlichen und in der Wirtschaft tätigen Akteure, die ihre Pressarbeit selbst in die Hand nehmen und über eigene Kanäle publizieren. Das be-

droht die von ausgebildeten Journalisten kuratierte Berichterstattung.

Von der Pressefreiheit zurück zum Laufen: Gute Läufe mit guten Zeiten sind keine Selbstverständlichkeit. Jeder Lauf ist eine Herausforderung. Manchmal ist man froh, überhaupt hinaus- und schließlich wieder heimgekommen zu sein. Faktoren fürs Laufen sind nicht nur Wind und Wetter, sondern auch die „weichen“ Rahmenbedingungen. Familie, Beruf, Gesundheit und das gesellschaftliche Umfeld müssen das Laufen möglich machen und Zeit dafür bieten. Schließlich ist es ein hohes und verteidigungswertes Privileg, diese Freiheit des Laufens genießen zu dürfen. Wie die Pressefreiheit.

Frank Bugge

Klärungsbedarf nicht nur auf dem Konto

Wann rechnet es sich für Journalisten, ans Aufhören zu denken?

Wiesbadener Expertin der Rentenversicherung berät DJV-Mitglieder

Das Thema „Rente“ ist gerade schwer in Mode. Das liegt sicher an der bevorstehenden Bundestagswahl und daran, dass die Rentnerinnen und Rentner eine zunehmend wichtigere Wählergruppe darstellen. Im Vorstand des DJV-Hessen ist das Thema durch Nachfragen von Mitgliedern angekommen.

Die Geschäftsstelle in Wiesbaden darf aus haftungsrechtlichen Gründen keine Rentenberatung anbieten. Und so kamen wir auf die Deutsche Rentenversicherung Hessen und ihren Firmenservice.

Hier ist Petra Kötschau als Referentin für die Region Wiesbaden zuständig. Für ihren Vortrag und die Diskussion hatte ich eineinhalb Stunden vereinbart. Die rund 30 Teilnehmenden unserer GoToMeeting-Veranstaltung Anfang Juni

hatten erwartungsgemäß viele Fragen. Schnell wurden also zwei Stunden daraus. Und weil gerade für uns Journalistinnen und Journalisten so viele Detailfragen wichtig sind, soll es im Herbst ein weiteres DJV-Angebot geben.

„Kontenklärung“ ist für Petra Kötschau der erste Schritt. Es geht darum, mit einem Fachmenschen der Rentenberatung das eigene Rentenkonto auf Lücken zu untersuchen. Für die meisten von uns fängt das mit dem Volontariat an. Ich fragte mich aber ob das journalistische Volontariat eine Ausbildung im Sinne der Deutschen Rentenversicherung ist? Bei mir steht da im Versicherungsverlauf „Pflichtbeitrag berufliche Ausbildung“.

Das ist gut, erklärt Petra Kötschau und empfiehlt, das gegebenenfalls im Ge-

spräch mit einem Rentenberater korrigieren zu lassen. Wenn nämlich dieser Hinweis fehlt, dann würde die Zeit des Volontariats nur mit dem tatsächlich eingezahlten Rentenbeitrag berechnet und nicht – wie ansonsten bei Ausbildungszeiten – mit 70 Prozent des durch-

schnittlichen Verdienstes.

Was wirklich durchschnittlich ist, wird jeweils aktuell berechnet. Für 2020 zum Beispiel liegt der Durchschnittsverdienst in den Augen der Rentenversicherung bei 40.551 Euro. Ähn-



Vorausgedacht: Wer Rentenfragen frühzeitig angeht, kann sich später unbeschwert den schönen Dingen des Lebens widmen.

Foto: Bildarchiv Deutsche Rentenversicherung Bund



Geldwerte Vorteile: Petra Kötschau stand Rede und Antwort. Foto: privat

entscheiden, bei wem die Erziehungszeiten angerechnet werden. Was mir persönlich daran nicht gefällt: Wenn beide Elternteile ihre Arbeitszeit zugunsten des Nachwuchses reduzieren, schaut eine oder einer von beiden – jedenfalls rentenmäßig – in die Röhre.

Viele Kolleginnen und Kollegen arbeiten als Freie. Besonders zu Beginn ihrer Berufstätigkeit ging es darum, Wohnung und Auto bezahlen zu können und in die Ausrüstung für die journalistische Arbeit zu investieren. Die Altersversorgung war zweitrangig. Das war bei mir auch so. In den 80ern und goern hieß mein Motto „cash in die Tasche“. Erst als sich Nachwuchs anmeldete, war so etwas wie Altersvorsorge auf einmal ein Thema.

Eine Teilnehmerin mittleren Alters fragt daher, ob sich freiwillige Zahlungen lohnen; beispielsweise in die Deutsche Rentenversicherung, in Riester-Verträge, Presseversorgungswerk oder Pensionskasse Rundfunk. „Unter Umständen ja“, erklärt Petra Kötschau. Solche Zahlungen solle man gegebenenfalls aber

auch unter steuerlichen Gesichtspunkten betrachten.

Also frage ich meinen Steuerberater. Und der kommt mit der überraschenden Antwort: „Investieren Sie in einen Kartoffel-Acker.“ Seiner Erfahrung nach sind Geldentwertung, kalte Progression bei der Einkommensbesteuerung und die steigenden Staatsausgaben Gründe genug für eine gesunde Skepsis gegenüber der staatlichen Rentenversicherung. Er verweist auf die Berater der jeweiligen Rentenversicherungsträger. Sie müssten ausrechnen können wie sich einmalige oder regelmäßigen Extra-Zahlungen auswirken.

Das scheint mir eine Extra-Recherche wert zu sein und somit ein Thema für den nächsten „Blickpunkt“. Einstweilen habe ich für Freiberufler diese aufmunternde Nachricht gefunden: Nach

den Zahlen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden leben Freie zwar nicht so lange wie Beamte, aber doch deutlich länger als Angestellte...

Natürlich haben wir uns im GoToMeeting-Event auch über die aktuelle Forderung nach der Rente ab 68 unterhalten. Aktuell gilt etwa für mich mit Jahrgang 1963, dass ich mit 66 und zehn Monaten in die „Regelaltersrente“ gehen kann. Möchte ich vorher aufhören zu arbeiten, hat das zur Folge, dass die monatliche Rente deutlich geringer ausfällt. 68 wäre also für mich sowieso kein Thema. Ob es für jüngere Kolleginnen und Kollegen eines wird, das hängt vielleicht wirklich vom Ausgang der Bundestagswahl ab.

Sylvia Kuck

Weiterführende Informationen

Deutsche Rentenversicherung Hessen

Städelstraße 28, 60596 Frankfurt am Main, Telefon 069 6052-0

0800 1000 4800 (kostenloses Servicetelefon)

www.deutscherentenversicherung.de

info@deutscherentenversicherung.de

Info-Material der Deutschen Rentenversicherung Hessen findet sich auch auf der DJV-Homepage unter:

<https://www.djv-hessen.de/termine/veranstaltungen>

Irreführender Werbeauftritt - Fuldaer Zeitung öffentlich gerügt

Weil eine vierseitige Werbe-Veröffentlichung eines Herstellers von Berufskleidung wie die Titelseite der Fuldaer Zeitung vom 20. Februar gestaltet war, dieser beiliegend und nicht deutlich als Werbung gekennzeichnet war, sprach

der Presserat Mitte Juni dem osthessischen Medienhaus eine öffentliche Rüge aus. Der mehrmals erfolgte Hinweis „Advertorial“ stellt pressethisch kein anerkanntes Pseudonym für „Anzeige“ dar – was der Presserat seit Jah-

ren immer wieder betont.

Delikat in diesem Fall: Das Advertorial ahmte die Titelseite der Zeitung nach und war inhaltlich in Teilen identisch. Auch das Layout der Lokalzeitung wurde detailliert kopiert.

Damit bestehe laut Presserat die Gefahr, dass zumindest ein Teil der Leser die Werbung nicht als solche wahrnimmt. Redaktionelle Inhalte und Werbung sind laut Presserodex strikt zu trennen.

bre

Potenzierte Klangerlebnisse

Femotion Radio und Sportradio Deutschland erweitern das Spektrum in Hessens Radiolandschaft - Erster nationaler Sender für Frauen



Zwischen Kind und Karriere, Haushalt und Familie: Femotion Radio ist Deutschlands erstes nationales Frauenradio. Bild: herFunk GmbH

Neue Töne in Hessens Radiolandschaft senden seit Mai die beiden Spartenprogramme Femotion Radio und Sportradio Deutschland.

Ausgerechnet an Christi Himmelfahrt, dem auch als Vater- oder Männertag bekannten Feiertag, startete mit Femotion Radio Deutschlands erstes, nationales Radioprogramm für Frauen.

Seitdem bringen die Moderatorinnen Arlett Drexler und Steffi Hornig ihre Hörerinnen durch den Alltag und begleiten das Programm prominent und kompetent. „Ich freue mich, dass wir zwei engagierte und kreative Frauen für unser Moderatorinnen-Team gewinnen konnten“, erzählt Head of Content Ina Tenz. „Mit Femotion wollen wir eine Marke kreieren, die Frauen in ihre eigene Welt entführt. Unter dem Motto: 'Mein Leben. Mein Style. Meine Musik' holt unser Vollzeitprogramm Frauen in allen Lebenslagen zwischen Kind, Karriere, Sport, Haushalt und Familie ab“, so Tenz weiter.

Arlett Drexler stand in der Vergangenheit bei diversen bekannten Radiostationen am

Mikrofon, sie ist zudem professionelle Sprecherin für Werbespots, Imagefilme und Hörspiele. Neu im Team ist auch Steffi Hornig. Die Diplom-Journalistin und Radiomoderatorin bringt unter anderem Erfahrung aus den Morningshows verschiedener großer Sender in Deutschland mit ein.

Hinter Femotion Radio steht die herFunk GmbH aus dem Unternehmensportfolio der Teutocast GmbH mit Sitz in Leipzig. Der Special-Interest-Sender soll künftig die alte Radiowelt mit neuen Audio-On-Demand-Möglichkeiten kombinieren. Dafür hat Teutocast-Geschäftsführer Erwin Linnebach das neue Wort „Raudio“ kreiert, als eine Verschmelzung von klassischen Radioprogrammen und modernen Audio-Formaten wie Podcasts und Streams. „Wir potenzieren die Vorteile von Radio und Audio in der Produktion, der Verbreitung und Vermarktung“, so Linnebach. Ziel ist es, mit der neuen Marke Femotion Radio nicht nur einen Sender nur für Frauen zu schaffen, sondern eine ganz neue Welt zu konzipieren, die Radio, Audio und das Social Web auf einer Plattform vereint.

Aus dem gleichem Unternehmensportfolio stammt auch der zweite neue Sender, Sportradio Deutschland, der am 29. Mai das Licht der Welt erblickte.

Wochentags von 5 bis 18 Uhr und am Wochenende von 13 bis 21 Uhr gibt es eine feste Stundenuhr mit Sportnachrichten zu jeder Viertelstunde sowie Interviews, Berichten und Reportagen. An Werktagen gibt es zudem von 18 bis 23 Uhr eine Talk-Sendung, bei der Anrufer, Experten und Moderatoren über die Welt des Sports diskutieren. Zu besonderen Sportevents wie den Olympischen Spielen werden die Live-Sendezeiten ausgeweitet.

„Wir tun etwas, das in Deutschland noch niemand getan hat“, sagt Programmchef Alexander Fabian, „wir reden ununterbrochen über Sport. Unser Sportradio Deutschland ist quasi so was wie ein Dauerpodcast zum schönsten Hobby der Welt.“ Dabei ist ihm wichtig, dass es zwar auch, aber nicht nur um Fußball gehen wird. „Wir decken die gesamte Bandbreite des Sports ab“, sagt Fabian, „von den unterschiedlichen Sportarten in der Breite wie in der Leis-

tungsspitze über Sporthistorie, Sportwissenschaft bis hin zum Gesundheitssport mit Tipps zu Bewegung und Gesundheit im Alltag.“

Der neue Sender positioniert sich quasi als Radio-Pendant zum TV-Sender Sky Sport News. Vielleicht kann man sogar bisherige Zuschauer vor die Radiogeräte locken, um über den Sport informiert zu sein, denn der private Fernsehsender wird wieder ins Pay-TV abwandern.

Sowohl Femotion Radio als auch Sportradio Deutschland gibt es in Hessen über Antenne via DAB+. Dort sind beide Programme als Bestandteil des zweiten bundesweiten Multiplex in weiten Teilen des Landes zu hören, etwa im Rhein-Main-Gebiet, weiten Teilen Südhessens sowie den Räumen Gießen/Wetzlar/Marburg, Fulda und Kassel.

Wer die Programme nicht über DAB+ empfängt, kann auf die Internet-Livestreams zugreifen: Femotion Radio ist hier unter www.femotion.de zu finden, Sportradio Deutschland unter www.sportradio-deutschland.de

Michael Fuhr

Mit dem Widerstand des Stiftes, bis die Spitze bricht

„Weil er unschöne Nachrichten verbreitet hat“: Der kurdische Korrespondent Nedim Türfent verbüßt seit Ende 2017 eine fast neunjährige Haftstrafe - Offener Brief aus dem Gefängnis auch an den Ortsverband Wiesbaden



Bild: Naz Öke

Worte fliegen ihre Flügel ausbreitend in meinem Kopf. Inzwischen kann ich kaum zwei Silben zusammenfügen. Mein Stift ist seit Stunden stumm. Die Tinte fließt nicht mehr, als wäre mein Stift entwöhnt wie ein Kind von der Muttermilch.

Wie kann es sein, dass ich, der ich normalerweise Seiten und Seiten mit Briefen von diesem Ort der Haft schreibe, nicht einmal ein paar Zeilen eines Briefes schreiben kann? In der Lage zu sein zu schreiben wäre etwas, aber ich habe das Gefühl, dass das Papier selbst unter dieser einfachen Linie leidet.

Wie Wortfetzen in einen Beutel gestopft, kämpfen alle meine Gedanken gegeneinander. Ich bin verloren. Ehrlich gesagt fühle ich mich so steif wie der Saum einer schlammigen Hose oder, was soll ich sagen, als hätte ich Kieselsteine in meinem Schuh.

Aber endlich zündet diese Feder, die ich wie meinen Augapfel, meinen Lebensgrund, beschütze, ein Streichholz in meinem Kopf an. Zu dieser Stunde, wenn die Nacht total dunkel wird, ist ein Funke weit davon entfernt, nichts zu sein. Vor

allem, wenn sie in der Spirale einer spielloser Verfolgung kämpfen muss, unausgeglichen am Rand einer Klippe, einem blinden Brunnen, wo jemand sie mit tödlichem Benzin übergießen möchte.

Ich weiß nicht, ob es notwendig ist, dass ich wie ein Archäologe in meinen Erinnerungen suchen muss. Denn seit unserer Verhaftung haben wir eine Reihe von Kalendern aufgebraucht ... Während Sie in den letzten fünf Jahren Ihrem gewohnten Alltag nachgingen, und das ist nur menschlich, bin ich der „Gerechtigkeit“ nachgelaufen. Selbst wenn ich weiß, dass das, was nach dieser Stunde kommen wird, keine Gerechtigkeit sein wird ...

Zum Glück hat sich die Zunge, die mein Stift ist, plötzlich wieder gelöst. Von nun an können mich selbst Schriftgelehrte nicht mehr einholen. (...)

Ehrlich gesagt, hätte ich Ihnen ins Gesicht gelacht, wenn Sie mir vor fünf Jahren gesagt hätten, dass ich für Jahre ins Gefängnis geworfen werde nur weil ich als Journalist berichtet habe, was ist.

Niemals hätte ich gedacht, dass das Gesetz und unsere Rechte so mit Füßen ge-

treten werden könnten. Wie ein Shuttle, das sich ständig zwischen Akzeptanz und Gewöhnung hin und her bewegt, verwandeln wir uns in dieses Objekt, das das Netz verwebt, das wir für unmöglich und unlösbar hielten. Und das ist das Schlimmste. Heute akzeptieren wir schweigend, als wären all diese Dinge gewöhnlich, die vor nicht mehr als fünf Jahren die größte Empörung hervorgerufen hätten. Wir fallen in unseren Sesseln zusammen, lassen uns in unseren Echokammern nieder und wünschen der Schlange, die uns nicht beißt, ein langes Leben.

Und alle, die es gestern nicht gewagt hätten, uns anzufassen, zertreten uns jetzt überall. Ihnen wurde die Möglichkeit auf einem silbernen Tablett serviert und sie waren mehr als glücklich, sie zu ergreifen ... Sie? Die Machthaber und ihre Gefährten, denen wir manchmal die andere Wange hingehalten haben. Scharfe Kritik ist angebracht, aber wir sollten auch unsere Versäumnisse sehen ... Selbstkritik wäre angebracht.

Eine der Geschichten, in denen die Grausamkeit ihre Zähne schärfte, ist die Geschichte dieses Stiftes. Alles begann mit einer Nachricht: „Sie werden die Macht der Türken zu spüren bekommen!“ In Yüksekova, einer Stadt an der Grenze zwischen Irak, Iran und der Türkei, zwangen türkische Spezialeinheiten 2015 eine Gruppe kurdischer Bauarbeiter nackt auf dem Boden zu liegen und brüllten sie an: „Sie werden die Macht der Türken zu spüren bekommen!“

Ich berichtete über diese Gräueltaten und es wurde eine Untersuchung gegen diese Polizisten eingeleitet. Aber kurz danach erreichte die Stimme der Rache meine Ohren. Angriffe mit Tränengas, Gummigeschossen, Überwachung, Aggressionen, Morddrohungen, Verhaftung, Folter

während der Haft und schließlich am 13. Mai 2016 Inhaftierung. Die Drohungen von JITEM [inem informellen Geheimdienst der türkischen Gendarmerie, Anm. d. Red.] wenige Tage vor meiner Verhaftung waren besonders beredt: „Wir untersuchen jeden leblosen Körper, den wir holen, um festzustellen, ob er nicht dir gehört.“

Wir waren alle gespannt, welche Art von Gerichtsverfahren ich in einem abgelegenen Bezirk bekommen würde, in dem Strafverfolgung und Rache nicht getrennt voneinander abliefen. Natürlich haben sie zunächst einige sogenannte „Zeugen“ vernommen. 19 Zeugen der Staatsanwaltschaft berichteten auch von Folter in Gewahrsam. Sie machten vor Gericht klar, dass sie gezwungen worden waren, gegen uns auszusagen.

Machen wir es konkret, um den Ernst des Vorgangs zu erfassen. Die Aussage eines Zeugen lautete wie folgt: „Die Polizei sagte mir: Wenn Sie dieses Papier nicht unterschreiben, ziehen wir Ihnen die Zähne mit einer Zange.“ Diese und ähnliche Aussagen wurden auch im Gerichtsprotokoll festgehalten. Alle Zeugenaussagen wurden fallen gelassen. Die Staatsanwaltschaft „brauchte“ aber Beweise. Es blieben jedoch nur Nachrichten als „Beweise“ in der Akte übrig. Nachrichten über unverhältnismäßige Gewalt, Konflikte und Rechtsverletzungen.

Das Gericht beendete die Verhandlung mit Racheschreien, und ich wurde zu acht Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung stand

tatsächlich wie ein Geständnis „Weil er unschöne Nachrichten verbreitet hat...“. Was könnte normaler in einer Region sein, in der Brutalitäten durch die Sicherheitskräfte ungestraft bleiben? Sie erklärten daher, dass diejenigen, die die Öffentlichkeit über Rechtsverletzungen informierten, die Schuldigen seien. Wäre das nur alles gewesen ... Die Richter kriminalisierten etwas auf völlig subjektive Weise. Kurz gesagt, die Tatsache, dass Nachrichten nicht zu ihren Gunsten gemacht wurden, war ein Verbrechen und aus ihrer Sicht auch der Beweis für meine Verurteilung. Unter normalen Umständen werden die Menschen für das, was sie tun, verantwortlich gemacht, oder? Ich wurde sowohl dafür bestraft, dass ich den Staat als „störend“ bezeichnet habe, als auch dafür, dass ich keine „tröstlichen“ Nachrichten geschrieben habe. Die Polizisten, die zu Beginn Ermittlungen durchführten, wurden höchstwahrscheinlich befördert. Man könnte meinen, sie seien alle gütige Engel.

Einige Monate nach meiner Verurteilung sagte das AKP-Regime, um sich von den Ausgangssperren und unverhältnismäßigen Gewalt- und Rechtsverletzungen in kurdischen Städten frei zu sprechen: „Die Generäle von Fetö [eine von der türkischen Regierung zitierte, angeblich terroristische Organisation, die für den Putschversuch 2016 verantwortlich gemacht und der Gülen-Bewegung zugerechnet wird; Anm. d. Red.] haben dies absichtlich getan, um die Menschen und den Staat gegeneinander auszuspielen.“

Aber ich wurde wegen meiner Berichte

und der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“ verurteilt. Was war das dann? Die Gerichte konnten es jedoch nicht vermeiden, ein „Gütesiegel“ für diese gegen uns begangenen Gräueltaten zu sein. Außerdem bin ich noch kein einziges Mal physisch vor einen Richter gebracht worden. Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) definiert dies als unbestreitbare Verletzung von Rechten, es gibt Dutzende von Präzedenzfällen. Die einzelnen Anträge unserer Anwälte an das Verfassungsgericht und die EMRK in Bezug auf eindeutige Rechtsverletzungen zum Beispiel am Tag des Verfahrens wurden ausgesetzt. Ich denke, diese hohen Richter lieben es, den Vogel Strauß zu spielen!

Ich geniere mich, meine Geschichte zu erzählen. Aber man hört nichts von niemandem, weder von den Behörden und vor allem vom Verfassungsgericht. Ich kann mich noch glücklich schätzen, dass ich imstande bin darüber zu schreiben. Es gibt so viele Menschen, die keine Möglichkeiten haben, sich Gehör zu verschaffen, und im übertragenen Sinne mit Stiefelabdrücken auf dem Rücken hinter Gefängnismauern sitzen ... Ich zögere, die eigene Geschichte zu erzählen, ich empfinde Scham. Dieser bescheidene Stift sagt das, schreibt das. Dieser Brief ist nicht damit Sie antworten, sondern damit Sie wissen ...

Mit der Solidarität und dem Widerstand des Stiftes, bis die Spitze bricht...

Nedim Türfent

Van Gefängnis. 14. April 2021, 1800. Hafttag

Zur Person

Nedim Türfent war bis zu seiner Verurteilung wegen „Mitgliedschaft in einer bewaffneten Terrororganisation“ im Dezember 2017 Korrespondent der mittlerweile verbotenen Nachrichtenagentur DIHA. Er hat unter anderem Misshandlungen und Bedrohungen von Dutzenden Bauarbeitern auf einer Baustelle durch türkische Sondereinsatzkräfte dokumentiert und Videos davon veröffentlicht. In der südöstlichen Provinz Van verbüßt der 31-jähriger eine Strafe von insgesamt acht Jahren und neun Monaten in Einzelhaft. Im Juni 2018 hat ein Berufungsgericht das Urteil bestätigt. Türfents Anwälte haben das Verfassungsgericht angerufen, wo die Klageschrift anhängig ist.

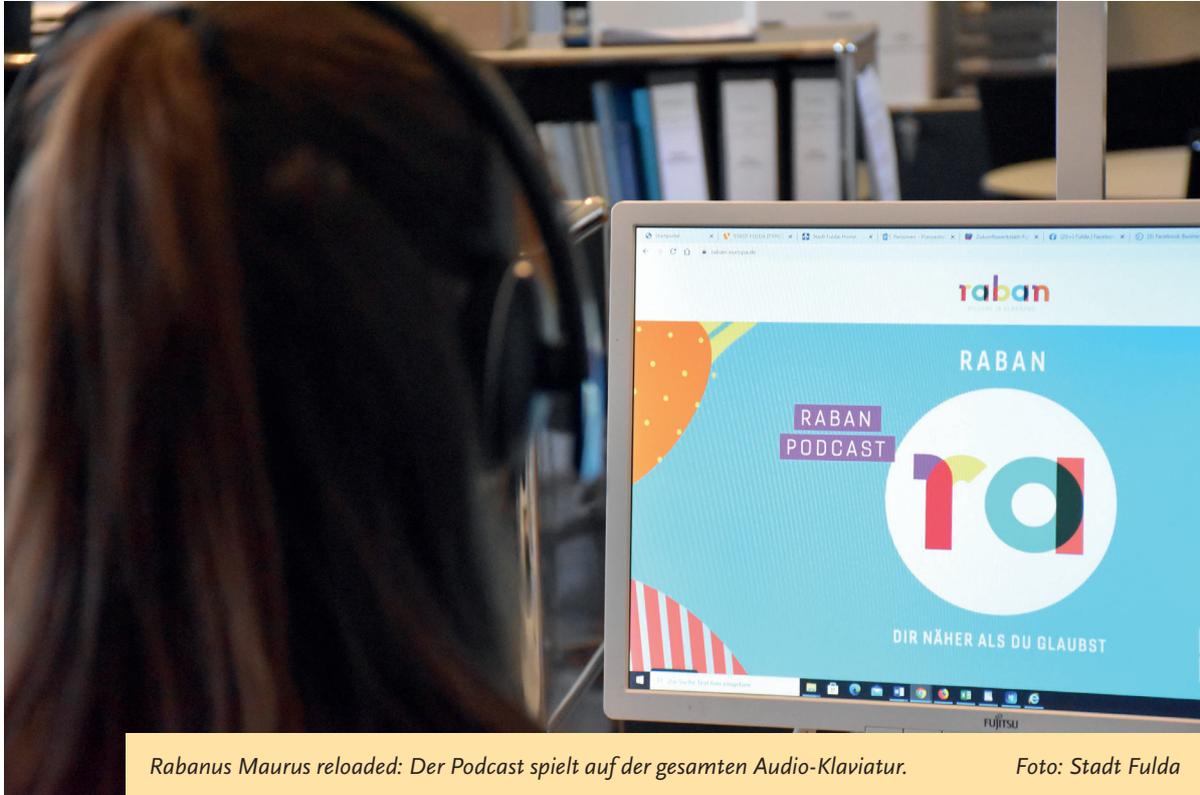
Die Vorsitzende des DJV-Ortsverbands Wiesbaden, Sylvia Kuck, hat dem Journalisten ins Gefängnis geschrieben. Sie ist eine von bekannt knapp einem Dutzend DJV-Mitgliedern, die dem Aufruf des Ortsverbands gefolgt sind und inhaftierten Kolleginnen und Kollegen in der Türkei geschrieben haben (siehe Blickpunkt 1/2021). Damit wollen sie ihre Solidarität zum Ausdruck bringen und die Erinnerung an Willkür und politische Verfolgung wachhalten.



„Als wäre all das gewöhnlich“: der inhaftierte Journalist Nedim Türfent.
Foto: privat

Das Wikipedia des Mittelalters

Wie ein Podcast aus Fulda junge Leute für einen alten Meister begeistern will



Rabanus Maurus reloaded: Der Podcast spielt auf der gesamten Audio-Klavatur.

Foto: Stadt Fulda

Als Wiege der von Karl dem Großen angestoßenen karolingischen Erneuerung bewerben sich die Stadt Fulda und die Gemeinde Petersberg gemeinsam um das Europäische Kulturerbe-Siegel. Dreh- und Angelpunkt ist Rabanus Maurus, der als Abt des Klosters Fulda antikes Wissen bewahrte, neue Erkenntnisse aus dem ganzen Frankenreich und darüber hinaus sammelte, eigene Werke schuf und verbreitete.

Und eben dieses vermittelte Wissen prägte ganz Europa noch heute. Damit sei Fulda der Mittelpunkt der frühmittelalterlichen Bildungsreform des Kaisers gewesen. Dessen Reich erstreckte sich über ganz Mitteleuropa.

Unterschiedliche Kulturen friedlich zu vereinen, Ver-

ständnis füreinander zu schaffen und Wissen zu teilen war eine große Aufgabe und ist im Kern ein zutiefst europäischer Gedanke. „Heute stehen wir vor der gleichen Frage, wie das gelingen kann“, erläutert Constanze Schneider, die beim Staatlichen Schulamt Fulda für den Bereich Kulturelle Bildung verantwortlich ist.

Rabanus Maurus auf die Ohren

Pandemiebedingt konnten einige geplante Aktionen rund um die Bewerbung nicht stattfinden, besonders die Schulen wollte man mit einbinden. „Wir müssen ja glaubhaft aufzeigen, nicht nur jungen Europäern diesen großen Kulturschatz vermitteln zu können, sondern in erster Linie auch bei uns in Fulda und Petersberg.“

Von Rabanus Maurus haben wohl viele Schülerinnen und Schüler schon einmal gehört – zumindest, weil ein Gymnasium nach ihm benannt ist. Doch welchen Einfluss er und die karolingische Bildungsreform noch heute auf uns haben, ist wohl nur wenigen Expert*innen und Geschichtsbegeisterten bekannt.

„Ein Mönch im 9. Jahrhundert klingt unglaublich weit weg. Die großen Fragen sind aber nach wie vor aktuell: Aufstieg, Einfluss und Macht, Umgang mit Krisen.“ Schließlich kam Schneider auf die Idee zu einem Podcast, der sich speziell an Jugendliche richtet. Ihr war von Beginn an klar, dass ein reines Gesprächsformat keine großen Begeisterungstürme auslösen würde. Dafür musste die Figur Rabanus Maurus

zum Leben erwachen.

Der schließlich im März erschienene sechsteilige Podcast „Vom kleinen Raben zum Universalgelehrten“ spielt auf der gesamten Audio-Klavatur: Sprecher*innen erklären Hintergründe, Hörspiel-Elemente lassen den jungen und alten Rabanus zu Wort kommen und Interviews mit Jugendlichen nehmen Bezug auf die damals wie heute aktuellen Themen – stets angelehnt an die Lebensstationen des Mönches, späteren Abts und Erzbischofs von Mainz.

Die Hörspiel-Elemente orientieren sich an Fakten und setzen soweit möglich auf eine authentische Geräuschkulisse. In Schreibszenen raschelt kein modernes Papier, sondern Jahrhunderte altes Pergament aus Fuldas Stadtarchiv. Fiktion hat beim

Zum Reinhören

*Zu hören ist der Podcast unter anderem auf www.rabanus-europa.de. Für den Sommer kündigte Constanze Schneider zwei weitere Versionen an. Eine soll sich speziell an Grundschüler*innen richten, dafür werden die Interviews ersetzt – schließlich bilden diese die Lebenswirklichkeiten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ab. Johan Pelle Gottwald wird als junge Stimme zu hören sein, die kindgerecht aus dem Leben von Rabanus Maurus erzählt.*

Da der Podcast die Bewerbung um das Europäische Kultursiegel-Erbe unterstützen soll, ist eine Variante auf Englisch unverzichtbar. Auch sie wird ohne die Interviews auskommen und mehr Bezug auf die geschichtlichen Ereignisse nehmen.

der Bewerbung um das Europäische Kulturerbe-Siegel keinen Platz. „Wir mussten immer wieder die Experten befragen. In vielen Punkten ist die Beweislage nicht so üppig“, erklärt Schneider.

Daher macht der Podcast transparent, wenn Fakten dünn werden und man daher nur vermuten kann. So erklären in der sechsten Folge Dr. Alessandra Sorbello Staub, Leiterin der Bibliothek des Bischöflichen Priesterseminars, und ihr Mann Dr. Johannes Staub, warum wir heute erstaunlich wenig über Rabanus Maurus wissen. War er am Ende gar nicht so einflussreich und wichtig?

Ins Kloster verschenkt

Auch das harte Vorgehen gegen seinen ehemaligen Schüler Gottschalk macht der Podcast zum Thema. Dieser wich von der Lehre ab und verbreitete die Ansicht, Gott würde bereits vor der Geburt festlegen, ob ein Mensch gut oder böse ist. Verbrecher seien demnach unschuldig. Im Umkehrschluss ist es nutzlos zu versuchen, ein gutes Leben zu führen. Maurus sah die gesellschaftliche Ordnung in Gefahr. Gottschalks Schriften wurden vernichtet, er selbst landete bis zu seinem Tod im Kerker. Von

keine Spur. „Auch kluge Menschen haben Schattenseiten, was wir unbedingt aufzeigen wollten“, erklärt Schneider.

Seine Eltern verschenkten Rabanus im Alter von acht Jahren an das Kloster Fulda, eine heute schockierende, aber damals übliche Praxis (Oblation). Einerseits sammelte man „Pluspunkte“ bei Gott, wenn man ein Kind in den Dienst der Kirche stellte, andererseits wusste man seinen Nachwuchs in Sicherheit. Er bekamen genug zu essen, wurde medizinisch versorgt und hatte Zugang zu Bildung.

So präsentiert die zweite Podcast-Folge neben Rabanus hörspielhafter Ankunft im Kloster auch Interviews über große Erwartungen von Eltern an ihre Kinder und den tief verwurzelten Wunsch nach einem besseren Leben. Es kommt ein junger aus Afghanistan Geflüchteter zu Wort. Von Iran aus machte er sich alleine auf den Weg nach Deutschland. In Fulda macht er Abitur, möchte danach studieren.

Als es in einer anderen Folge um persönliche Krisen geht, erzählt eine 17jährige Schülerin, wie sie darunter leidet sich einsam zu fühlen, wie sie damit umgeht und was sie auch dank professionel-

ler Hilfe gelernt hat. „Ich war im Interview überrascht, wie sehr sie in die Tiefe geht und wie gut sie reflektiert. Das war ein echter Glücksfall“, sagt der freie Journalist Sascha-Pascal Schimmel, der für die Redaktion des Podcasts verantwortlich war und auch die Interviews führte. Als ehemaliger Redakteur der Mediengruppe Parzeller eingestellten Jugendmagazins „move36“ war er Schneiders erste Wahl. „Ich wusste, dass er den Ton der Jugendlichen trifft. Den Protagonisten entlockte er Aussagen, die sehr zu Herzen gehen“, sagt sie beeindruckt.

Schimmel bezeichnet sich selbst nicht als großen Podcast-Experten. Aber während seiner Zeit bei move36 hat er Erfahrungen mit Audio-Reportagen sammeln können. Die Interviews selbst hat er mit dem im Laptop eingebauten Mikrofon aufgenommen. Den Grobschnitt erledigte er mit dem kostenfreien Programm Audacity.

Die Interviews dauerten bis zu einer Stunde. „Sich so viel Zeit nehmen zu können, war ein echter Luxus.“ Seine Taktik: Nicht nur einen Fragenkatalog abarbeiten, sondern sein Gegenüber frei erzählen lassen.

Barbara, Christoph und Sohn Johan Pelle Gottwald vom

Fuldaer Theater Mittendrin waren nicht nur für Musik und Hörspiel verantwortlich. Via WhatsApp-Gruppe konnten sie auch ein paar der jungen Protagonisten vermitteln. Ganz im Sinne einer ergebnisoffenen Recherche skizzierte Schimmel die Themen nur grob. „Mir ging es ja gerade um den Blick der Jugendlichen.“ Weitere spannende Gesprächspartner*innen fand er durch sein Netzwerk, welches er sich als lokaler Redakteur über die Jahre aufgebaut hat.

Nach den Interviews hieß es kürzen, kürzen und nochmals kürzen, die längste Podcast-Folge dauert etwas über zwölf Minuten. Bewusst ist der Inhalt so kompakt gehalten, auch wenn man an historischen Stellen noch weiter in die Tiefe hätte gehen können. „Der Podcast ist eine Art Teaser für Rabanus Maurus und soll Interesse wecken.“

Für Recherche, Interviews, Skript schreiben und Grobschnitt hat Schimmel etwas über 40 Stunden benötigt. Der Auftrag hat sich finanziell für den freien Journalisten gelohnt und er kann sich – dem gar nicht so fernen Rabanus sei Dank – gut vorstellen, als Redakteur weitere Podcast-Formate zu betreuen.

Jens Brehl

Zur Person

788 schenkten seine Eltern den achtjährigen Rabanus dem Kloster Fulda. Im heutigen Jargon könnte man ihn als Wikipedia seiner Zeit bezeichnen, auch wenn dieser Vergleich hinkt. Schließlich war Zugang zu Wissen nur einem elitären Kreis möglich. Als Abt baute er die Klosterschule und -bibliothek weiter aus, sammelte Wissen aus dem gesamten Frankenreich und darüber hinaus und gab es an seine Schüler weiter.

Unter Maurus' Ägide erlebte die Klosterschule eine Blütezeit. So bewahrte er herausragende Schriften der Antike, ließ wichtige Bücher per Abschrift vervielfältigen und schuf eigene Werke. Seine letzte nachgewiesene Lebensstation ist die Weihe zum Erzbischof von Mainz, seinem Geburtsort.

Luft nach oben

„Fotografen haben Namen“ - aber immer noch nicht durchgängig in hessischen Zeitungen

Wenigstens bei jedem zweiten abgedruckten Foto die Urheberin oder den Urheber zu nennen, reicht bereits aus, um bei der diesjährigen Auswertung „Fotografen haben Namen“ aus hessischer Sicht den ersten Platz zu belegen. Die Mehrzahl der ausgewerteten Tageszeitungen macht lediglich bei rund einem Drittel mehr oder weniger richtige Quellenangaben. Streng genommen jedes Mal ein Verstoß gegen das Urheberrecht.

Oftmals fehlen die Namen bei von Agenturen wie der dpa gelieferten Bildern und bei PR-Fotos, zudem hält sich die unzureichende und dennoch oft verwendete Bildquelle „privat“ weiter. Seit 2009 wertet der DJV einmal im Jahr bundesweit Tageszeitungen aus. Zumindest mit Blick auf die hessische Zeitungslandschaft hat der Bewusstseinswandel noch nicht zufriedenstellend gegriffen.

Medium	2021	2020	2019	2018	2017	2016	2015
Hersfelder Zeitung	51	–	–	–	–	–	–
Frankfurter Rundschau	49	58	54	46	27	79	42
Bild Frankfurt 1)	43	34	61	–	–	78	–
Main-Spitze	41	43	46	43	–	59	–
Frankfurter Allgemeine Zeitung	39	43	47	29	25	51	38
Hessische Niedersächs. Allgemeine (HNA) 2)	38	35	35	69	–	25	–
Darmstädter Echo	35	–	55	49	–	–	–
Frankfurter Neue Presse	34	–	27	44	–	35	–
Gießener Allgemeine	33	–	–	–	–	–	–
Lauterbacher Anzeiger	33	–	–	–	–	–	–
Alsfelder Allgemeine	32	–	–	–	–	–	–
Wiesbadener Kurier 3)	32	–	44	43	–	55	–
Rüsselsheimer Echo	30	44	33	55	–	–	–
Wetterauer Zeitung	29	–	–	–	–	–	–
Wetzlarer Neue Zeitung	26	–	50	–	–	–	–
Fuldaer Zeitung	19	40	35	36	–	40	–
Hanauer Anzeiger 4)	13	32	–	–	–	–	–

1) Sammelvermerk Seite 5 + 18 nicht zuordenbar

2) inklusive Beilage rtv

3) Sammelvermerk Seite 25 nicht zuordenbar

4) inklusive Beilage rtv

Jens Brehl

Die Ergebnisse aus hessischer Sicht: Anzahl der richtigen Namensnennung in Prozent (gerundet), soweit vorliegend. (Stichtag für 2021 war am 23. April)



Im Fokus: Am Stichtag im April wurden auch die hessischen Titel nach korrekter Auszeichnung der Aufnahmen durchforstet. Foto: Jens Brehl

Als richtig gilt, wenn wenigstens der Nachname der Urheberin/des Urhebers genannt ist und eindeutig einem Foto zugeordnet werden kann. Da nun auch Tageszeitungen unabhängig ihrer Auflage – bislang mindestens 15.000 – ausgewertet werden, gab es in diesem Jahr ein paar Neuzugänge.

Zwischen allen Regelwerken

Beim Nachbarn: Jenaer Medienrechtliche Gespräche zum Versuch, die Potenz von Portalen, Streams und Social Media zu regulieren

Es war schon immer das Schicksal der Rundfunkstaatsverträge (neuerdings Medienstaatsverträge), dass sie der Medienkonvergenz hinterherhinken. Dass die Medienpolitiker in den Staatskanzleien also Regelungsgegenstände in Paragrafen zu gießen versuchen, die von der (digitalen) Wirklichkeit und dem Nutzerverhalten längst eingeholt sind. Und selbst in ihrem ureigenen politischen Rahmen sind sie nicht autonom, sondern müssen ihre Normierungen einbetten in parallele, wenn nicht gar konkurrierende Gesetzgebung aus regionalen, nationalen und/oder europäischen Legislativen. Wie anspruchsvoll es geworden ist, Medienpolitik zu betreiben, ohne getrieben zu werden, ist bei den elften Jenaer Medienrechtlichen Gesprächen in Regie der Friedrich-Schiller-Universität und der Thüringer Medienanstalt deutlich geworden.

Der „Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland“ hat im November vorigen Jahres den zuletzt 1991 novellierten Rundfunkstaatsvertrag abgelöst. In diesen beiden Jahrzehnten hat sich die Mediennutzung derart gewandelt, dass bloße Änderungen der Verträge der linearen Entwicklung kaum noch und der non-linearen schon gar nicht mehr gerecht geworden sind. Erklärtes und gleichermaßen ehrgeiziges Ziel der zuständigen Staatskanzleichefs war es daher, über das herkömmliche lineare Programm in Radio und TV hinaus das digitale Medienangebot zu kanalisieren.

Womit sie dieses erst mal zu fassen bekommen mussten. Der ambitionierte Anspruch der Medienpolitiker der Länder war nicht weniger als heterogene und globale Player wie Facebook, Google, Netflix, Amazon und Blogger

in ihrem ausbordenden Engagement auf dem deutschen Markt zu zähmen. Was im Silicon Valley entfesselt wurde, sollte in Hessen, Schleswig-Holstein und im Saarland wieder eingefangen werden. Die Schwierigkeit bei dieser Mammutaufgabe begann schon damit zu benennen, welche Services und

europäischen Verordnungen wie dem Digital Services Act oder dem Herkunftsland-Prinzip ganz zu schweigen. Unschärfe Rechtsbegriffe, diffuse Abgrenzungen, widersprüchliche Regulierung – der Medienstaatsvertrag hat der Interpretationsfreiheit der Player auf dem Markt weitere Argumente



Im Paragrafendschlingel: Die global player im Silicon Valley verheddern sich nicht im deutschen Medienstaatsvertrag.

Dienstleistungen von einer solchen Regulierung umfasst sein sollten und unter welchem Rechtsbegriff sie subsumiert werden könnten.

Für den neuen Medienstaatsvertrag fiel die Wahl letztlich auf die Wortneuschöpfung „Intermediäre“ für Kanäle, über die produzierten Content den User erreicht. Damit sollten soziale Netzwerke ebenso erfasst sein wie Video-Sharing-Dienste und Suchmaschinen. In Abgrenzung zu reinen „Medienplattformen“ und „Benutzeroberflächen“, die gewissermaßen nur das Chassis bilden. Ein Problem, wie im Medienrechtlichen Gespräch nüchtern seziert: Der Begriff kollidiert oder überschneidet sich mit Terminologien aus bestehender Gesetzgebung, etwa im Telemediengesetz, im Jugendmedienstaatsvertrag, im Jugendschutzgesetz oder im Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Von verbindlichen

geliefert. Die Rechtsprechung wird künftig noch mehr auszulegen und einzuordnen haben. Kartellrechtliche Prüfungen ganz außen vor gelassen.

Vertrackter noch: Allein für einen eingebetteten Videoclip auf Youtube könnten juristisch drei Adressaten haftbar gemacht werden: wegen des Inhalts selbst; wegen Inhalten in der Galerie am Seitenrand oder wegen des (Nicht-)Verhaltens des Portalhosts Youtube.

Ringens mit Giganten

Auch nach diesem aus Jena gestreamten Gespräch bleibt der Eindruck eines ungleichen Ringens von Medienpolitik mit Medienprofiteuren. Der von der staatlichen Aufsicht mal gewonnen wird (wie im Fall Australien versus Facebook); und bei dem der Staat mal seltsame Allianzen eingeht (wie bei der Platzierung des Gesund-

heitsportals bei Google, die auch vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags kritisch bewertet worden ist). Intermediäre haben längst Kommunikationsräume geschaffen, in denen journalistische Inhalte vielleicht zu den Accessoires gehören, aber keine tragenden Wände mehr bilden. Auf diesen Plattformen triggern Algorithmen Aufmerksamkeit, nicht redaktionell produzierte Artikel.

Die Funktionsweise von künstlicher Intelligenz zu verstehen, Diskriminierung im Netz zu unterbinden, schützend und steuernd einzugreifen bleibt Aufgabe medienpolitischer Handelns. Allen voran in den Landesmedienanstalten, die mit langem Atem bei Providern intervenieren, um Profile zu löschen, über die kriminelle Inhalte verbreitet werden. So ist es gerade den Hamburger Medienwächtern in mühseliger und zeitraubender Korrespondenz gelungen, Twitter in Irland dazu zu bewegen, die Verbreitung von Pornografie über anonyme Accounts zu unterbinden. Kleine Errungenschaften, für die es eben auch einen Medien-

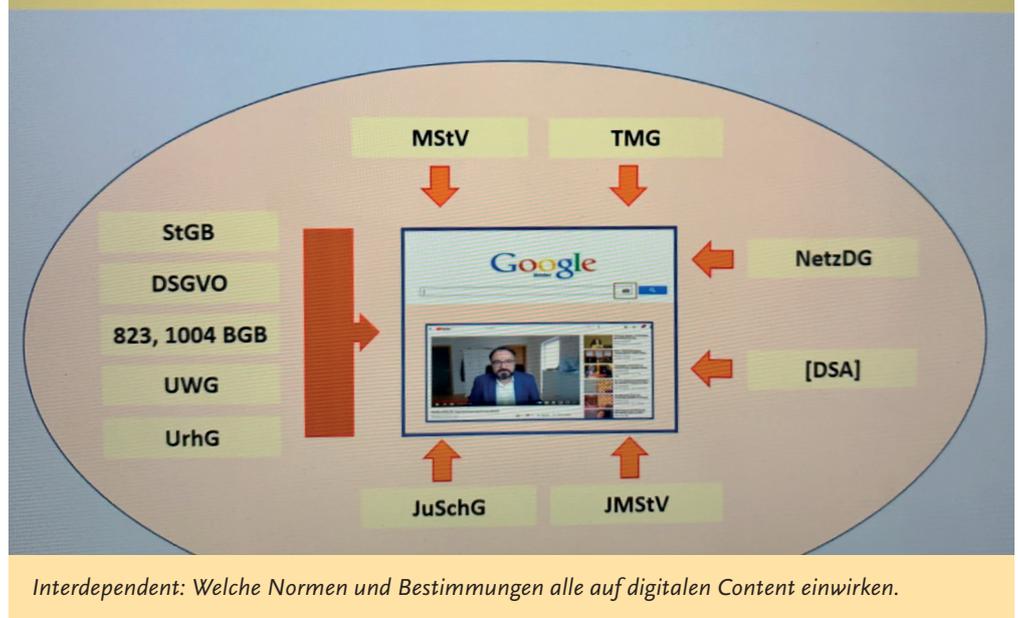
staatsvertrag braucht.

95 Prozent aller Posts mit Hasskommentaren erkennt die Software von Facebook automatisch. Die verbleibenden fünf Prozent gehen immer noch in die Millionen. Die Medienanstalt für Hamburg und Schleswig-Holstein hat allein zu einem Youtube-Vi-

deo, das an den ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübke erinnert, 120 Anmerkungen, die sie als Hate Speech einstuft, an die Mutter Google gemeldet. Be 110 davon dauert der Dialog darüber an, ob mit der Wortwahl eine Grenze überschritten worden ist.

Andreas Lang

Intersystematischer Überblick medienrechtlicher Normadressatenschaft



Nur weil der Plus-Artikel exklusiv ist

Was sich Journalistinnen alles anhören müssen, wenn irgendetwas an ihren Positionen irgendwem nicht passt

Die gute Nachricht: Die Hamburger Medienanstalt hat Twitter in einer mühseligen, langwierigen und länderübergreifenden Korrespondenz gerade dazu bewegen können, die Accounts von wenigstens zwei Usern zu

Kommentar

löschen, die sittenwidriges Material gepostet haben (siehe vorangegangenen Artikel). Die schlechte: Damit ist beim Durchgriffsrecht der Anbieter mitnichten die Spitze des Eisbergs abgetragen, noch nicht einmal eine Scholle aus dieser Spitze. Was im Netz Tag für Tag an Beleidigungen, Verleumdungen und

Ehrverletzungen verbreitet wird, ist unvorstellbar. Mit Klarnamen, ohne Schuldbewusstsein, im Brustton der Überzeugung, dass nur die eigene Meinung relevant ist und das alles, was dieser entgegensteht, niedergeschrieben und in den Dreck gezogen werden darf.

Was sie so alles lesen und ansehen müssen, haben zwei Journalistinnen aus Hessen beim jüngsten virtuellen Treffen des Frankfurter Presseclubs (FPC) geschildert. Das reicht bis hin zu unverhohlenen Vergewaltigungsandrohungen – weil ein Artikel hinter der Bezahlschranke platziert und nicht frei zugänglich ist. „Viele Schlä-

ge werden immer leicht unter die Gürtellinie platziert, und dann wird deren Wirkung abgewartet“, berichtete Kristina Faßler, Sendersprecherin von Welt, früher n24.

Die Koordinatorin des Social Media und Community Management bei der FAZ, Stefanie Michels, verbringt einen Gutteil ihrer Arbeitszeit damit, ihr Team gegen die Welle des unverhohlenen Hasses zu immunisieren, die diesem täglich auf den Monitoren entgegenstrahlt. Resilienz gegen diese Inhalte, innere Distanzierung von personalisierten Hassbotschaften – diese Stabilisierungsfunktion gehört zu Michels Dauerauftrag.



Toxisch: Unliebsame oder unpopuläre Ansichten werden im Netz gnadenlos ans Kreuz genagelt. Foto: ala

Die Schwelle des Unaussprechlichen sinkt immer weiter bei dem zwar kleinen, dafür aber wortgewaltigen Anteil unzufriedener User. Von Hetze und übler Nachrede bis hin zu unverhohlenen Gewaltandrohungen und sexistischen Darstellungen fahren sie alle Geschütze in ihrem Krieg um die Deutungshoheit auf. In deep fakes werden Gesichter unliebsamer Journalistinnen per Photoshop täuschend echt auf nackte Körper gesetzt (was jüngst gerade der Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock widerfahren ist) oder – schlimmer noch – in Pornosequenzen eingebettet. In der subtileren Variante werden Klingelschilder veröffentlicht – mit dem Hinweis „Ich

weiß, wo du wohnst“. Oder eine Aufnahme des ehrenamtlichen Schulleiternbeirats von der Homepage – mit dem Hinweis „Ich weiß, wo deine Kinder zur Schule gehen.“

Und das alles nur, weil publizierte Wahrheiten unbequeme Wahrheiten sein können; reflexartige Diffamierungen statt vernünftigen Diskurs. Die Verunglimpfungen und Bedrohungen gehen so weit, dass es mittlerweile Beratungsstellen wie HateAid braucht, die Opfern von hate speech beistehen, menschlich wie juristisch.

HateAid hat alle Hände voll zu tun, berichtete Leiterin Anna-Lena von

Hodenberg beim FPC-Meeting. „Manche Journalistinnen wollen gewisse Themen nicht mehr anfassen“, weiß sie. Das betrifft nicht nur die Vogel-Freien; auch angestellte RedakteurInnen nicht, die in der Regel einen Verlag oder öffentlich-rechtlichen Sender hinter sich wüssten. Zum Minimalschutz der Privatsphäre gehört für von Hodenberg eine Melderegistersperre. Denn ohne diese kann jedermann für wenige Euro Gebühr eine beliebige Privatadresse erfragen und für seine (unheiligen) propagandistischen Zwecke nutzen.

Das gerade verabschiedete Gesetz gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität erschwert einen solch unkomplizierten Datenaustausch immerhin – wenn man proaktiv eine Sperre veranlasst. Neben dem mit heißer Nadel gestrickten Netzwerkdurchsetzungsgesetz („Facebook-Gesetz“) aus 2017 mit Compliance-Regeln in sozialen Netzwerke sieht die HateAid-Geschäftsführerin in solchen Paragrafen durchaus geeignete Mittel, Hass und Hetze abzumildern.

Am Ende einer langen Beweiskette

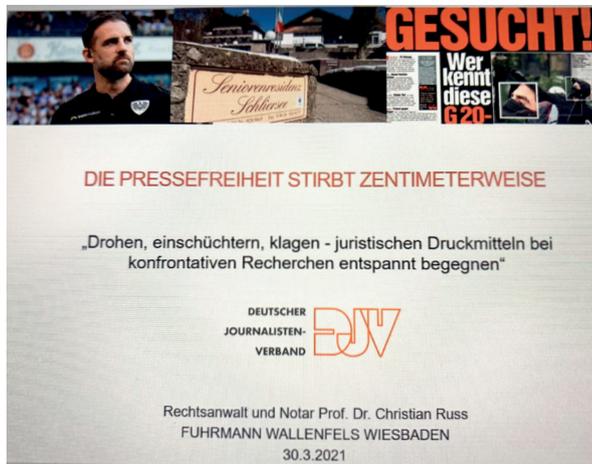
Aber gegen die Wogen der Wut entfalten auch sie nur eine überschaubare Wirkung. Die Unkultur im Netz hat Dimensionen angenommen, die sich kaum bändigen lassen. Schon gar nicht mit dem zeitlichen Verzug der Gesetzgebung, so wirkmächtig diese am Ende einer langen Beweiskette auch sein kann (siehe Medienanstalt Hamburg versus Twitter). Vielmehr noch braucht es einen Net-Reset. Die Bereitschaft, seine Blase wenigstens vorübergehend zu verlassen, unvoreingenommen zuzuhören, Argumente auf sich wirken zu lassen, Fairness walten zu lassen.

Old School? Nostalgisch-naiv? Vielleicht! Aber eine über die Jahrhunderte gereifte und von der Aufklärung geschärfte Kulturtechnik, die als neue Herausforderung auf den Zeitgeist des Internet trifft. Das allen Widerständen und Empörungen zum Trotz in Erinnerung zu rufen und mit der Kraft der rationalen Argumente zu behaupten, ist auch Aufgabe von Journalismus.

Andreas Lang

Recherchieren bis der Anwalt kommt

Juristischen Druck bei konfrontativen Recherchen aushalten -
Tipps von Medienfachanwalt bei Forum des Ortsverbands Wiesbaden



Was kann ich jetzt überhaupt noch schreiben, ohne befürchten zu müssen, dass ich oder mein Verlag dafür für teuer Geld in Regress genommen werden? Diese Frage stellen sich nach der digitalen Diskussion unter dem Titel „Drohen, einschüchtern, klagen – juristischen Druckmitteln bei konfrontativen Recherchen entspannt begegnen“, zu der der DJV im hr eingeladen hatte.

Solche Überlegungen treiben offensichtlich

lich nicht nur Redakteurinnen und Redakteure im Hessischen Rundfunk um. Der Impuls des Landesvorsitzenden Knud Zilian, den Verteiler zu weiten, erwies sich als treffend. Moderatorin Sylvia Kuck konnte eine ganze Reihe DJV-Mitglieder aus anderen Branchen in den digitalen Dialog unter der Überschrift „Die Pressefreiheit stirbt zentimeterweise“ einbinden.

Die Schlussfolgerung des Wiesbadener Medienrechtsanwalts Professor Dr. Christian Russ blieb bei aller Ernüchterung unterm Strich ermutigend: Aus Angst vor der eigenen Courage dürfen sich Journalistinnen und Journalisten nicht davon abhalten lassen, sauber zu dokumentieren und zu formulieren was ist. „Eine Presse, die aus Angst vor Repressionen nur noch lammfromm auftritt, verliert am Ende ihre Glaubwürdigkeit“, warnte Russ, der eine Reihe von Verlagen in Hessen berät und

vertritt. „Wenn sich Veröffentlichungen auf reine Haus- und Hofberichterstattung reduzieren, rechtfertigt das die herausgehobene Stellung der Pressefreiheit nicht mehr.“ Auch in aufgeregten Zeiten und in einem zunehmend polarisierten Klima bewähren sich für ihn klassische Prinzipien des Publizierens: belegbare Äußerungen, zulässige Spekulationen, faire Schlussfolgerungen, stichhaltige Begründungen.

Bloß keinen Verdacht generieren

Russ identifizierte vier Problemkreise, die Journalisten schneller als gedacht juristisch in die Bredouille bringen können: die Identifizierbarkeit von Personen, zulässige Formen der Wiedergabe von Äußerungen Dritter, der schmale Grat zur Verdachtsberichterstattung und generelle Einschränkungen der Meinungsfreiheit. So müssen für manche Gerichte Personen gegebenenfalls so weit anonymisiert werden, dass außer Basisangaben, etwa zum Geschlecht, praktisch keine wesentlichen Charakterisierungen mehr bleiben

Einschüchterung bei einer Tasse Tee

Juristische Einschüchterungsversuche können am besten mit gewissenhafter Recherche abgewehrt werden. Wie das allem gewachsenen Gegendruck zum Trotz aussehen kann, schilderten im Chat des Ortsverbandes Wiesbaden Birgit Emnet und Volker Siefert aus ihrer Praxis. Die Investigativ-Journalistin des „Wiesbadener Kuriers“ hat in ihrer Berichterstattung über Missmanagement und Untreue bei der Arbeiterwohlfahrt in Wiesbaden dem subtilen Druck eines bekannten Medienanwalts standgehalten. Der crossmediale hr-Reporter wird auch wegen seiner hartnäckigen Recherchen über extremistische Entwicklungen in Hessen immer wieder scharf attackiert.

Die frühere Redakteurin und jetzige freie Mitarbeiterin des Kuriers ist für ihren Part bei der Aufdeckung von Bereicherungen im AWO-Kreisverband gerade mit dem renommierten Wächterpreis der Tagespresse ausgezeichnet worden (siehe Artikel auf Seite 11). Im Verlauf ihrer hartnäckigen und langwierigen Recherchen erinnert sie sich etwa lebhaft an eine Einladung zum Tee in den Garten des damaligen Anwalts des AWO-Geschäftsführerehepaars. In dieser Atmosphäre war der Reporterin zu verstehen gegeben worden, wie sich seine Mandanten gegen eine Berichterstattung zu wehren gedachten. Vorsorgliche Anschreiben aus einer gegnerischen Kanzlei und Rücksprachen im eigenen Verlag haben dazu geführt, dass Rechercheergebnisse auch zurückgehalten worden sind.

Die drohende Konsequenz aus einer selbst verordneten Zügelung: Am Ende erscheinen fade und belanglose Texte, die Brisanz kann der Leser allenfalls erahnen oder muss sie sich selbst erschließen. Das entspricht nicht den Anforderungen an Qualitätsjournalismus.

„Das Unwesen, Artikel im Vorfeld abzunehmen, hat spürbar zugenommen“, so die Beobachtung Sierferts, der auch schon mit dem Etikett „Chefradikalisierer von Hanau“ belegt worden ist. Er plädierte dafür, solch kontroverse Umstände in der Berichterstattung transparent zu machen und zu thematisieren. Dass postwendend mit Unterlassungsaufforderungen, Abmahnungen und Gegendarstellungen gedroht wird – immer mehr auch bei vermeintlich nichtigen Anlässen – zeigten im Chat auch Beispiele im Lokalen, etwa aus den kommunalen Parlamenten.

Dagegen und für die wehrhafte Verteidigung der Pressefreiheit, so waren sich die Diskutanten einig, hilft auf allen Ebenen nach wie vor die auch von Medienanwalt Christian Russ beschworene Besinnung auf drei journalistische Tugenden: unerschrocken recherchieren, ausgewogen dokumentieren und faktengetreu reproduzieren. Dagegen kommt auch ein gewiefter Anwalt nicht an.

ala

könnten. Denn auch intimere Kenner, etwa Freunde oder Bekannte, dürften bei der Lektüre keinen allzu starken Verdacht schöpfen. Russ' Fazit: Anonymisierungen laufen in der Regel ins Leere.

Der Aufwand, Äußerungen Dritter vor der Publikation rechtssicher abzusichern, wird nach der ausdifferenzierten Rechtsprechung immer unverhältnismäßiger. So dürften auch wörtliche Zitate nicht ungeprüft als Tatsachenbehauptungen übernommen werden, sondern müssten mit gesundem Menschenverstand hinterfragt werden – auch nicht nach der Freigabe eines Wortlautinterviews. Und auch nicht durch den reinen Abdruck von Leserbriefen. Wie auf dieser Basis kontroverse Standpunkte wiedergegeben werden können, bleibt rätselhaft.

Einer Verdachtsberichterstattung legt die Justiz immer engere Fesseln an, längst nicht mehr nur bei strafrechtlich relevanten Entwicklungen. Die Voraussetzungen, ehe eine investigative Recherche rechtssicher zu Papier gebracht werden kann, sind umfangreich und elastisch: öffentliches Interesse, hinlängliche Anhaltspunkte, keine Vorverurteilung, Anhörung aller Parteien (audiatur et altera pars), Vermeidung von Suggestionen, bis hin zur expliziten Aufnahme entlastender Momente – was womöglich die eigene Detektivarbeit neutralisiert. Es reicht längst nicht mehr, althergebrachte Tugenden zu beherzigen und anzunehmen, ausgewogen recherchiert zu haben. Es bedarf mittlerweile einer noch höheren Absicherung und Recherchetiefe, ehe sich ein Journalist eine Schlussfolgerung erlauben kann. Und ehe



„Es droht der Tag, an dem nicht mehr Journalisten Artikel schreiben, sondern Anwälte“, befürchtet der Wiesbadener Medienrechtsanwalt Christian Russ. Foto: ala

er diese hieb- und stichfest in Worte fasst.

Andernfalls kann es ihn oder seinen Auftraggeber teuer zu stehen kommen. Meinungsäußerungen müssen jedenfalls hinreichend belegt werden. Ehe Tatsachenbehauptungen Dritter übernommen werden können, bedarf es einer Kaskade interner Kontrollmechanismen. Der Grat zur nicht mehr zulässigen Verunglimpfung oder Schmähung ist schmaler geworden. Etikettierungen müssen gut belegt und begründet werden können. Dann halten sie auch vor Gericht stand.

Restriktionen bremsen Investigationen – und das im Tagesgeschäft und im

SEO-getriebenen Onlinejournalismus. „Es droht der Tag, an dem nicht mehr Journalisten Artikel schreiben, sondern Anwälte“, prognostizierte Russ, der in jungen Jahren fürs Feuilleton des Wiesbadener Kuriers geschrieben hat, mit einer gewissen Düsternis. Es ist konstitutiv und legitim, wenn unabhängige Instanzen die Grenzen auch des publizistisch Zulässigen ziehen, Persönlichkeitsrechte schützen und an Pflichten erinnern, die aus dem hohen Gut der Presse- und Meinungsfreiheit erwachsen. Solange sie nicht die Schere im Kopf überspreizen und investigative Recherche verhindern.

Andreas Lang

Fakt ist nun mal

Praxis-Tipp: Verschwörungstheorien und Querdenker-Parolen auf den Grund gehen – Neues Seminar des DJV-Landesverbands mit Volker Siefert

Es muss nicht immer Google sein: Mehrwert versprechende Alternativen zum Primus unter den Suchmaschinen hat Volker Siefert im Seminar „Journalistischer Umgang mit Querdenkern und Verschwörungserzählern“ des Landesverbands vorgestellt. Das neue Angebot ist unter DJV-

Mitgliedern auf derart große Resonanz gestoßen, dass eine Warteliste mit gut 40 Namen angelegt werden musste. Die Teilnehmer der Premierveranstaltung attestierten dem Investigativreporter des Hessischen Rundfunks, den Werkzeugkasten angefüllt zu haben.

Vertiefen können sie ihre Erkenntnisse mit einer sechseitigen Liste voller unkonventioneller Recherchertools, die Siefert ihnen an die Hand gegeben hat. Sie haben ihm bei seinen Abenteuerreisen in mystische Welten von Kassel bis Darmstadt geholfen, so

manche These zu widerlegen und sich für Debatten mit so manchem seiner Kritiker zu wappnen. Siefert bedient sich so ergiebiger Quellen wie clicksafe.de, eine von der EU in Auftrag gegebene Portal, das für sich beansprucht, sicher im Internet surfen zu können.

Für eine ergiebige Suche muss man auch mal um die Ecke denken, rät der Fachmann. Und etwa die in Russland verteilte Suchmaschine yandex.com anklicken. Deren Pool an Bildern ist reichhaltiger gefüllt – weil sie nicht den Beschränkungen der europäischen Datenschutz-Grundverordnung unterliegt. Wer diese ethischen Bedenken beiseiteschieben kann, hat einen größeren Überblick. Und wer zwischen diesen beiden Polen von Internet-Sicherheit und unregulierten Weiten eine geeignete Plattform finden will, kann auf der Meta-Suchmaschine meta-ger.de seine Filter setzen.

Fakten von Fiktionen trennen

Verschwörungstheorien in der Kürze der Zeit auf den Grund zu gehen und Fiktion von Fakten zu trennen, ist anstrengend und aufwändig. Erleichterung können Checks wie dpa.com/de/unternehmen/faktencheck schaffen, aber auch correctiv.org/faktencheck/ oder der Faktenfinder der Tagesschau. Der gemeinnützige österreichische „Verein mit dem Ziel der Aufklärung über Internetmissbrauch“, zu erreichen unter mimikama.at, will verdächtige Inhalte im Netz aufdecken, vor Links auf Hoaxes, Spam oder Fake News warnen. Dazu inspiriert auch die Mimikama-Initiative „Zuerst denken – dann klicken“, die einen eigenen Facebook-Account hat.

Botschaften der Messenger decodieren

Telegram ist als Messengerdienst nicht unumstritten. Einerseits bietet er Whistleblowern und Systemkritikern die Möglichkeit, so unerschrocken und anonym wie möglich Missstände anzuprangern. Andererseits können Trolle Abstrusen und Absurdes vervielfältigen, ohne befürchten zu müssen,

dafür belangt zu werden. Wildwest im Netz und zugleich egalitäres Forum also, Willkür und Transparenz in einem Kanal gebündelt. Was bei allen Risiken, so Siefert, aber auch eine wertvolle, weil unverhüllte Gelegenheit ist, in die Gedankenwelt von Systemsprengern einzutauchen. Die Google-basierte Suchmaschine Telegago perfektioniert diesen Kreislauf, weil sie Suchen in Telegram ermöglicht, ohne bei dem Messenger einen eigenen Account anlegen zu müssen.

Wer in den Hardcore von Verschwörungspropagandisten vordringen will, dem sei BitChute zur sensiblen Nutzung empfohlen, zu erreichen unter en.wikipedia.org/wiki/BitChute. In diesem Video-Portal landen Posts, die YouTube zu heiß oder zu heikel sind.

Alternative Lesarten

Bei der Einordnung von Verschwörungsmutten, Fake News und Corona-Protesten bietet etwa die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) Hilfestellung an. In der renommierten Beilage „Aus Politik und Zeitgeschehen“ von Anfang dieses Jahres findet sich etwa eine tiefgründige Analyse über Nutzer von alternativen Medien: <https://www.bpb.de/apuz/wissen-2021/325605/corona-proteste-und-das-gegenwissen-sozialer-bewegungen> Über die bpb kann gedruckte Fachliteratur zur Thematik vergünstigt bezogen werden: <https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/politische-grundfragen/276793/nichts-ist-wie-es-scheint>

Neben der bpb ist der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags ein schier unerschöpflicher Quell seriöser und ausgewogener Expertisen zu unterschiedlichsten Themenfeldern mit gesellschaftlicher

Relevanz: sehrgutachten.de

Wer sich speziell der Gedankenwelt der Reichsbürger oder Staatsleugner annähern will, wird etwa fündig bei wiki.sonnenstaatland.com/wiki/Hauptseite oder bei psiram.com Das Kunstwort ist gebildet aus den Anfangsbuchstaben von Pseudowissenschaft, Irrationale Überzeugungssysteme, Alternative Medizin.

Der Podcast hoaxilla.com nähert sich Verschwörungsmutten wissenschaftlich-unterhaltsam.

Und weil der überwiegende Teil der Journalistinnen und Journalisten nicht für die Tagesschau oder das heutejournal von Großdemonstrationen in Berlin berichtet, sondern mit den schillernden Querdenker-Bewegungen vor Ort konfrontiert ist, zitierte Siefert aus einem

Interview des Deutschlandfunks mit dem US-amerikanischen Historiker Timothy Synder. Dem Holocaust- und Totalitarismusforscher ist mit Blick auf den deutschen Föderalismus aufgefallen: „Nach meiner Erfahrung besteht eine der Stärken einer Demokratie wie Deutschland darin, dass es dort noch regionale Radiosender und regionale Zeitungen gibt. Sie haben immer noch eine ordentliche Anzahl politischer Gespräche über das Leben vor Ort oder in der Region. Als Gegensatz dazu, dass alles nur noch als nationale Politik, als Fiktion oder Abstraktion stattfindet. Dorthin hat sich leider die Gesprächskultur in Amerika entwickelt.“ Die gesellschaftlichen Verwerfungen dort sind hinlänglich bekannt.

ala



Abschreckende Wirkung: Intelligente Quellen halten auch im Netz eine Menge stichhaltige Argumente gegen Verschwörungstheoretiker bereit.

Foto: Andreas Lang

Nicht am Ende mit dem Fachlatein

Worauf Autoren in einer seriösen Berichterstattung über den weiteren Verlauf der Pandemie achten sollten

Die Corona-Pandemie geht nun in die letzte – und aus medialer Sicht vielleicht auch entscheidende – Runde. Denn abgerechnet wird zum Schluss!

Die aus mehr oder weniger berufenem Munde geführten „Experten“-Debatten, ob Lockdown-Maßnahmen in den Pandemie-Wellen I – III zu früh oder zu spät, zu zaghaft oder zu rabiat umgesetzt worden waren, sind mittlerweile passé. Jetzt geht es in der medialen Aufmerksamkeit vielmehr um die Impfung und um ihren Erfolg – weniger hinsichtlich ihrer individuellen Schutzwirkung, sondern eher fokussiert auf den epidemiologisch fassbaren Schutz der gesamten Bevölkerung.

Wissenszuwachs auf allen Ebenen

Auch wenn beide Aspekte eng miteinander zusammenhängen, erscheint den meisten Berichterstattern der Kollektivschutz viel interessanter zu sein als der Individualschutz. Und obwohl aus medizinisch-wissenschaftlicher Sicht die individuelle Schutzwirkung einer Impfung überhaupt die unabdingbare Voraussetzung für den Schutzeffekt einer ganzen Bevölkerung darstellt, wird Tag für Tag in immer gleichförmiger Manier über den erreichten Stand der Impfquoten berichtet. Was aber den eigentlichen Erfolg der Impfung ausmacht, bleibt allenthalben Hintergrundberichten und einem entsprechend geneigten – bevorzugt intellektuellem – Publikum vorbehalten.

Aus fachjournalistischer

Sicht zu konstatieren, dass in der allgemeinen, breiten Befassung mit Themen zur Corona-Pandemie im Gegensatz zum vergangenen Jahr erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen sind. Grobe Fehlinformationen sind eher die Ausnahme und der Wissenszuwachs hinsichtlich biologischer, medizinischer und epidemiologischer Erkenntnisse durchzieht alle medialen Ebenen.

Vor diesem Hintergrund soll die Aufmerksamkeit auf zwei wesentliche Aspekte gerichtet werden, die für die kommende Berichterstattung entscheidend sein werden und in denen auch tückische Fallstricke für den Anspruch auf eine seriöse Aufarbeitung verborgen sind. Wie so häufig bei medizinischen Themen beziehen sich die Stolperfallen insbesondere auf die Dynamik biologischer Prozesse.

Permanente Strategiewechsel

Auch wenn der Begriff „Immunität“ einen 100%igen Schutz nahelegt, ist der Biologie eine komplette Abgeschirmtheit unbekannt. Denn die Interaktion zwischen Infektionserreger und Wirtorganismus verläuft stets dynamisch mit permanenter Änderung der Angriffswie Abwehrstrategien. So ist der Schutz vor einem Krankheitserreger niemals absolut vollkommen, sondern fortlaufend aktualisierten Verfahren ausgesetzt, mit denen sich die Erreger gegenüber den Verteidigungsmaßnahmen zu behaupten suchen.

Das gilt sowohl für eine ein-

mal durchgemachte Erkrankung infolge Infektion mit einem bestimmten Erreger, als auch für eine prophylaktische Konfrontation mit einer abgeschwächten Variante oder Bestandteilen dieses Erregers durch Impfung. Wenn von der Schutzrate einer Impfung die Rede ist, dann bezieht sich diese immer auf einen Vergleich mit der Wahrscheinlichkeit, ohne Impfung (schwer) zu erkranken.

Ein hervorragender Impfschutz in Höhe von 95 % bedeutet also auf der anderen Seite, dass 5 von 100 Infizierten eben doch (schwer) erkranken. Und diese Personen sind trotz Impfung nicht immun – ebenso wie diejenige Zahl an Personen, die sich infizieren, aber aufgrund fehlender Symptomatik in der Statistik erst gar nicht erfasst werden. Alles in allem ist also bei der Verwendung des Begriffs „Immunität“ unbedingt darauf zu achten, dass mit ihm nicht falsche Erwartungen geweckt werden.

„Herdenimmunität“ kein Allheilmittel

Im Begriff „Herdenimmunität“ ist übrigens ein ähnlich irreführender Zusammenhang eines sicheren Schutzes versteckt – diesmal allerdings nicht auf individueller, sondern auf kollektiver Ebene. Hier wird besonders deutlich, dass der

Schutz, der mit dem Bild der Herde nahegelegt wird, überhaupt nicht absolut ist.

Denn mit „Herdenimmunität“ ist aus wissenschaftlicher, epidemiologischer Sicht lediglich gemeint, dass der exponentielle Anstieg an Infektionen zum Erliegen kommt. Und das bedeutet, dass eben doch immer wieder Neuinfektionen auftreten, deren Rate aber unterhalb der Rate der Genesenen bzw. durch Impfung Geschützten verbleibt.

Durchdachte Impfkommunikation

In einer guten Impfkommunikation bestehen die besten Chancen, der Pandemie durch eine hohe Impfbeteiligung Herr zu werden. Dafür erscheint es essentiell, Bedenken von Impfskeptikern ernst zu nehmen und den Versuch zu starten, ihre Einwände durch sorgfältig überdachte Argumentation zu entkräften.

Denn aus medizinisch-wissenschaftlicher Sicht gibt es jede Menge guter Überlegungen, die Sicherheit in die Erkenntnis immunologischer Zusammenhänge stiften und somit in der Lage sind, unreflektierten Skeptizismus wirksam zu zerstreuen.

Martin Wiehl

Weiterführende Informationen

Hierzu seien zwei Beiträge zu erwähnen, die im Fachmedium „Deutsches Ärzteblatt“ zu dieser Thematik publiziert sind:

Genbasierte Impfstoffe: Gute Argumente gegen Skepsis (aerzteblatt.de)

Impfsicherheit: Überwacht und überdacht (aerzteblatt.de)

Journalistische Hirnschmelze

Rezension: „Ohne Rücksicht auf Verluste“ – Das Geschäftsmodell der Bild-Zeitung

„Politiker fordern: Christen sollen im Weihnachts-Gottesdienst muslimische Lieder singen“ titelte die Bild-Zeitung 2014 zwei Tage vor Heiligabend. Spiegel online und FAZ.net übernehmen scheinbar ungeprüft die Informationen und berichten, Politiker hätten diese Forderung in die Debatte eingebracht. Omid Nouripour (Bündnis90/Die Grünen) soll einer davon sein. Noch am Tag der Bild-Schlagzeile entlädt sich der Hass auf seiner Facebookseite.

Dieser erklärt, Bild habe ihm die Worte in den Mund gelegt. Er sei angerufen und gefragt worden, ob er bereit sei, diese Forderung zu erheben. Er habe geantwortet, dass dies nur sinnvoll sei, wenn auch in der Moschee Weihnachtslieder gesungen würden. Auch die anderen Politiker stellten klar, dass die Initiative nicht von ihnen ausging, sondern von Bild.

Das ist eines von etlichen Beispielen, wie „kreativ“ die Bild-Zeitung mit Fakten umgeht. Aufzeigen tun diese Mats Schönauer und Moritz Tschermak vom Bildblog in ihrem jüngst erschienenem Buch „Ohne Rücksicht auf Verluste – Wie BILD mit Angst und Hass die Gesellschaft spaltet“ aufzeigen. Spätestens seit Günter Wallraffs „Der Aufmacher“ ist bekannt, wie sehr das Blatt Wahrheiten verdreht. So gesehen, präsentieren Schönauer und Tschermak zwar akribisch dokumentierte, gut recherchierte und aktuelle Fälle, aber im Grunde nichts Neues.

Die Stärke des Werks liegt in der geballten Präsentation, die in Buchlänge die volle Breitseite der Absurditäten enthält, die mit Journalismus schon lange nichts mehr zu tun haben. Da werden Fotos von mutmaßlichen Straftätern unverpixelt veröffentlicht, die Menschen offen vorverurteilt, die Leserschaft aufgewiegelt. Das trifft auch Unschuldige, deren Leben dadurch nachhaltig zerstört ist. Sind mutmaßliche Täter keine Deutschen, wird konsequent die Nationalität genannt – was laut Pressekodex

nur legitim ist, wenn ein begründetes öffentliches Interesse vorliegt. Die journalistische Hirnschmelze präsentiert Bild TV bei Live-Berichten, wie während des Anschlags in Wien Anfang November 2020. Mal eben werden eine Geiselnahme, eine Schießerei in der U-Bahn sowie bis zu zehn Täter herbei fantasiert – und Angst geschürt.

Indirekt gibt Chefredakteur Julian Reichelt zu, dass manche Veröffentlichungen für die Betroffenen gefährlich sind. „Als das Medienmagazin kress die Gehälter verschiedener Chefredakteure deutscher Zeitungen und Zeitschriften schätzen will, ist Reichelt der Einzige, der das nicht möchte. Sein Argument: Das bringe seine Familie in Gefahr, schließlich könne eine solche Nennung finanziell motivierte Straftaten auslösen“, ist im Buch zu lesen. Das hindert ihn jedoch nicht daran, den Verdienst von Profisportlern und anderen Prominenten zu nennen. Immer wieder.

Abseits der täglichen redaktionellen Arbeit des Watchblogs Zeit für hintergründige Recherchen zu finden, war eine Motivation das Buch zu schreiben,

wie Tschermak im „medium magazin Talk“ Mitte Mai verriet. Zudem wolle man über die Buchhandlungen neue Leserinnen und Leser erreichen. Möchte man an Schulen Medienkompetenz vermitteln, gehört das Buch zur Pflichtlektüre.

Bleibt dann die Frage, wie die Branche Außenstehenden erklären möchte, dass Lügen und Hetze nicht nur Teil des Medienbetriebs ist, sondern offenkundig seit Jahrzehnten toleriert wird. Zumindest der Presserat beißt sich als Korrektiv an Bild die Zähne aus.

Jens Brehl

Mats Schönauer Moritz Tschermak

Ohne
Rücksicht
auf Verluste

Wie BILD mit

Angst und

Hass die

Gesellschaft
spaltet

Kiepenheuer
& Witsch